„So habe ich . . . meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?".

(Quelle: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Band VII, Baden-Baden 1956, S. 171 f., Anm. 1)

Die jungtürkische Regierung hatte 1915 als ersten Schritt zur Schaffung eines nur von Türken besiedelten Lebensraumes die Armenier ausrotten lassen, wohl in der Annahme, der Zeitpunkt sei während des Krieges, als das Interesse der Weltöffentlichkeit ausschließlich den Kampfhandlungen galt, besonders günstig. Mindestens 1,5 Millionen Menschen fielen diesem ersten Holocaust des 20. Jahrhunderts zum Opfer — unter den Augen des deutschen Verbündeten, der es nicht wagte, um den türkischen Bundesgenossen nicht zu verlieren, dagegen einzuschreiten, und der durch seine Zensur auch die deutsche Presse daran hinderte, darüber zu berichten. Die erfolgreiche und ungesühnte Völkermord wird auf nicht wenige deutsche Offiziere und Diplomaten demoralisierend gewirkt haben.

Offenbar war Hitler 1939 der Überzeugung, er könne während des Krieges – gewissermaßen unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit – einen Völkermord vollziehen lassen, wie 1915 die Türken.



# Deutschland und Europa in den polnischen politischen Konzeptionen 1939–1945

*von Eugeniusz Duraczyński*

## I

Das Thema meines Vortrages umfaßt eine ausgedehnte, viele Ebenen berührende und komplizierte Problematik, in der sich die Geschichte Polens engstens mit der Geschichte vieler anderer Staaten, vor allem aber mit der Politik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion verbindet. In seiner Gesamtheit ist es ein aus vielen wichtigen Ereignissen geformtes Panorama. Zu einer gewissen Auswahl gezwungen, begrenze ich mich lediglich auf einige Ausschnitte und charakteristische Phasen der Gestaltung der polnischen politischen Konzeption zum Thema Deutschland und Europa in den Jahren 1939–1945.

Der Inhalt polnischer politischer Konzeptionen oder, besser gesagt, des polnischen politischen Gedankens umfaßt viele Faktoren, von denen ein Teil aus den Erfahrungen der Jahre 1918–1939 und des Septembers 1939 erwuchs. Andere bildeten eine mehr oder weniger präzise Ergründung der, sich aus den laufenden Ereignissen ergebenden Erscheinungen und Tendenzen. Es gab endlich auch solche, die sich mit dem Blick auf eine weitere Zukunft verbanden. Mit einem Wort: Vergangenheit, Gegenwart und die schlechter oder besser vorausgesehene Zukunft sind die drei grundlegenden Komponenten der Europa und Deutschland betreffenden polnischen Konzeption.

Die uns interessierenden Konzeptionen waren das Werk der in Paris gebildeten Regierung der Polnischen Republik, an deren Spitze am 30. September 1939 General Władysław Sikorski stand, sowie verschiedener im besetzten Polen arbeitenden Institutionen und Organisationen und endlich des am 21. Juli 1944 gegründeten Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung, in dessen Nachfolge am 1. Januar 1945 die Provisorische Regierung eintrat.

Ohne sämtliche durch diese Institutionen und Organisationen bearbeiteten Dokumente einer Analyse zu unterziehen, wenden wir unser Augenmerk nur auf die wichtigsten.

Die sich außerhalb des Landes befindende polnische Regierung stand von den ersten Tagen ihres Bestehens an unverändert und ohne zu schwanken auf dem Standpunkt der Dauerhaftigkeit und der Kontinuität der souveränen Rechte der Polnischen Republik, auf dem Standpunkt, den Krieg mit dem Dritten Reich bis zu seinem siegreichen Ende und einem gerechten Friedensabschluß zu führen. Auf vorderstem Platz standen stetig und unverändert der Kampf um die Unabhängigkeit, die Souveränität, die Freiheit und Integrität der Republik; die Voraussetzung der Realisierung eines so formulierten Zieles hingegen sollte der volle Sieg über das Dritte Reich im Bündnis mit den westlichen Demokratien sein. Die Regierung optierte für eine solche Ordnung der internationalen Nachkriegsverhältnisse, welche dauernden Frieden und dauernde Sicherheit garantieren würden.

Im Laufe der Entwicklung der internationalen Ereignisse erfolgten gewisse Korrekturen in der Formulierung der Ziele des Krieges, allerdings keine Revision. Präsident Władysław Raczkiewicz, Premierminister Władysław Sikorski und sein Nachfolger

Stanisław Mikołajczyk, die Regierung als Ganzes und der Volksrat (eine beratende Körperschaft, die den polnischen Parlamentarismus ersetzte) präsentierten einheitlich — trotz vieler Unterschiede im einzelnen — der Welt und dem Volke gegenüber eine gemeinsame Unabhängigkeits- und Staatsorientierung und von diesem Grundsatz wurde nicht abgewichen. Staatliche Unabhängigkeit und Souveränität als übergeordnete Werte und Ziele lagen, wenngleich sie als pluralistischer Bindestoff der polnischen politischen Emigration nicht kräftig genug waren, auf den Grundlagen jeder idealistischen Strömung und jeden politischen Programms in Paris und später in London. Gemeinsam war auch die Einstellung zu den Westmächten, zuerst zu Frankreich und England, später zu England und den Vereinigten Staaten. In ihnen sah man die sicherste Garantie für die Realisierung polnischer Kriegsziele. Es war dies ein spezifischer Kanon politischen Denkens sowohl der Regierung als auch deren Opposition in London. Im Herbst 1939 waren trotz des durch Frankreich geführten „seltsamen Krieges" viele Beobachter des politischen Lebens der Überzeugung, der durch Hitler entfesselte Krieg würde für ihn mit einer großen Niederlage im Westen enden wegen des durch Frankreich und England in Bewegung gesetzten menschlichen, wirtschaftlichen und militärischen Potentials. In Überschätzung der damaligen Kräfte Frankreichs und Englands würdigte man trotz der polnischen Erfahrung die Möglichkeiten der Wehrmacht zu gewaltigen, vernichtenden strategischen Schlägen nicht genug.

Sikorski und die polnischen Politiker, vielleicht vor allem diese, glaubten ebenfalls fest an die Macht Frankreichs und dessen britischen Verbündeten und verbanden alle Hoffnungen auf eine verhältnismäßig schnelle Befreiung des Landes mit dem polnisch-französisch-britischen Bündnis. Die Garantie eines Erfolges der polnischen Anstrengungen sollte der Sieg der beiden verbündeten Westmächte sein. Aus dieser Basis erwuchsen die polnischen Kriegsziele.

In der ersten Instruktion vom 10. Oktober 1939 an die Leiter der polnischen diplomatischen Vertretungen unterstrich Sikorski „die Treue Polens zum gegebenen Wort" und gab der unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, daß „uns gegenüber die Verbündeten ihre Verpflichtungen einhalten. Diese Verpflichtungen besitzen die Form von Bündnissen, welche fortwährend gelten, und von denen wir uns nichts fortnehmen lassen dürfen".[1]

In den mit Franzosen und Engländern im Herbst 1939 geführten Gesprächen trat die polnische Seite mit drei grundlegenden Forderungen auf: 1) Polen gewinnt seine volle Unabhängigkeit zurück, 2) Polen darf aus dem Krieg territorial nicht geschmälert hervorgehen, 3) zur Stärkung der Sicherheit Polens müßte das Problem Ostpreußen liquidiert werden.

Angesichts der späteren Entwicklung gewann das polnisch-englische Verhältnis besondere Bedeutung. Der polnische Außenminister August Zaleski stattete seinen ersten Besuch in London in den Tagen des 11. und 12. Oktober 1939 ab und sprach mit Halifax und wurde auch von Premier Chamberlain empfangen. Die Gastgeber zeigten volles Verständnis für die polnischen Wünsche bezüglich Ostpreußens, überzeugten Zaleski jedoch mit besonderem Nachdruck, daß die polnische Regierung den englischen Entwurf zur Bildung einer Mitteleuropäischen Föderation unterstützen müsse, die Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn unfassen sollte. Die Engländer versicherten dem polnischen Minister, es läge im Interesse Frankreichs und Großbritanniens, „daß das wiedererstehende Polen groß und mächtig genug sein würde, um das Gleichgewicht zwischen Deutschland und Rußland aufrechtzuerhalten". Dabei wurde betont, daß „Polen unter keinen Umständen damit rechnen könne, Großbritannien würde einen Krieg gegen die Sowjetunion beginnen, um die Rückgabe der durch die Sowjets besetzten Gebiete an Polen zu bewirken". Die englischen Gesprächspartner Zaleskis erinnerten ihn daran, daß



die 1939 von England vorgeschlagene Grenzlinie (die Curzonlinie) „jene Gebiete von Polen abtrennte, die vorherrschend keine polnischen, sondern weißrussische und ukrainische waren". Polen dagegen würde wahrscheinlich Gebiete westlich der Curzonlinie gewinnen können. Konkret wurde auf das nordöstlich von Wahrschau mit Ostpreußen benachbarte Territorium hingewiesen. Halifax und Chamberlain wahrten auch Zurückhaltung bei der Formulierung genauerer Kriegsziele, vertraten die Meinung, es sei zu früh, diese zu bezeichnen.[2]

Im ganzen gesehen brachte der Besuch Zaleskis unzweifelhaften Gewinn, wenn auch die Haltung Chamberlains und Halifax zur Curzonlinie Unruhe hervorrufen mußte, um so mehr, als dies Thema eines der Schlüsselprobleme polnischer Außenpolitik und polnischer, durch Sikorski formulierter Kriegsziele bildete. Unterdessen äußerten sich die Engländer weiterhin zum Thema der polnisch-sowjetischen Grenze. Am 26. Oktober erklärte Halifax im Oberhaus, die Sowjetunion habe ihre Westgrenzen zu der vom damaligen britischen Außenminister Curzon auf der Konferenz von Versailles vorgeschlagenen Linie vorgeschoben.[3]

Mitte November 1939 kam General Sikorski zu einem offiziellen Besuch nach London und führte Gespräche mit Chamberlain, Halifax und anderen Ministern. Die Gespräche[4] betrafen politische und militärische Fragen, u. a. das Verhältnis Großbritanniens zu den polnischen Grenzen im Osten und Westen, die mitteleuropäische Föderation, das Verhältnis zur UdSSR, die Kriegsziele der Alliierten und der Beitrag Polens dazu. Bezüglich der Ostgrenze bemühte sich Halifax zu überzeugen, daß seine Ansprache im Oberhaus nicht den offiziellen Standpunkt der Regierung vertreten hätte, daß ähnliche Äußerungen sich nicht wiederholen würden; gleichzeitig verbarg er jedoch nicht, daß Großbritannien nicht imstande sei, Polen die Restitution der östlichen Vorkriegsgrenzen zu garantieren. Hinsichtlich der Grenze mit Deutschland beschränkte sich die Diskussion im Grunde genommen auf die polnischen Vorschläge bezüglich Ostpreußens, wobei die Engländer dem polnischen Premier keine bindenden Zusagen machten.

In den Gesprächen zeichnete sich ein deutlicher Dissens in der Einstellung zur UdSSR ab. Wie der polnische Botschafter in London Edward Raczyński notierte, wurde von britischer Seite den Polen deutlich gemacht, daß in London niemand daran denke, Polens wegen das britisch-sowjetische Verhältnis zuzuspitzen;[5] dagegen drängten die Briten auf die Anbahnung guter Beziehungen zur Nachkriegstschechoslowakei, was übrigens in vollem Einklang stand mit den Gesprächen vom Oktober mit Zaleski sowie mit den Ansichten Sikorskis.

Alle diese und andere durch Sikorski und Zaleski geführten Gespräche hatten ein möglicherweise genaues Erkennen der Absichten der Verbündeten zum Ziel, die Darlegung des polnischen Gesichtspunktes sowie die Gewinnung einer klaren und eindeutigen Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens für polnische Ziele. Zwischen den Einstellungen Polens und dessen westlichen Verbündeten gab es in einigen Punkten grundlegende Übereinstimmung, z. B. beim gemeinsam deklarierten Willen der Besiegung Deutschlands, bei der Gestaltung vorteilhafterer Verhältnisse in Mitteleuropa; in anderen Punkten gab es lediglich annähernd ähnliche Ansichten, z. B. in der Frage der Zukunft Ostpreußens; es handelte sich dabei um solche Punkte, in denen die polnische Regierung sich abweichenden Ansichten Paris und vor allem Londons gegenübersah.

Wir erinnerten zweimal an das besondere Interesse Londons in der Frage der künftigen Verfassung Mitteleuropas. Die britischen Ansichten und Suggestionen trafen auf guten Boden und entsprachen den noch aus der Vorkriegszeit bestehenden Anschauungen General Sikorskis. Es verwundert daher nicht, daß sich in der ersten offiziellen Erklärung der polnischen Regierung vom 18. Dezember 1939 folgende Formulierungen fanden: „Das Jahr 1939 bedeutet in der Geschichte Europas die größte Niederlage des westlichen

Slawentums im tausendjährigen Kampf mit der germanischen Überflutung. Alle ihre Erfolge im ewigen Drang nach Osten verdankten die Deutschen vor allem der geschickten Ausnutzung von Streitigkeiten, welche die kurzsichtigen Slawen untereinander führten. Das seiner führenden Mission im Kampf mit dem deutschen Drang nach Osten bewußte Polen weist auf die Notwendigkeit hin, entsprechende Folgerungen aus der bitteren Lehre der Geschichte zu ziehen. Im Rahmen einer neuen politischen Organisation Ostmitteleuropas muß die solidarische Gruppe slawischer Staaten zu einer der Hauptgrundlagen werden. Die neue Organisation dieses Teils Europas müßte zwischen dem Baltischen, dem Schwarzen und dem Adriatischen Meer ein geschlossenes und einiges Zusammenwirken der Staaten bilden, den Ansturm der Deutschen nach Osten zurückschlagen sowie die Deutschen von Rußland abtrennen."[6]

Ziele und Aufgaben der polnischen Außenpolitik wurden im Informationsblatt des Außenministeriums vom 28. November 1939 sowie im Rundschreiben Minister Zaleskis an die Leiter polnischer diplomatischer Vertretungen vom 19. Februar 1940 bekanntgegeben.

Im ersten dieser Dokumente[7] wurde unterstrichen, daß Polen den bewaffneten Kampf auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft an der Seite Frankreichs und Englands als vollberechtigter Verbündeter fortsetzen wird, daß es die Politik eines souveränen Staates führen wird, „der naturgemäß die gleiche Stimme wie die übrigen alliierten Staaten in sämtlichen Angelegenheiten und Entscheidungen in dem andauernden Kriege und bei der Festlegung der Bedingungen für den kommenden Frieden besitzt". Langfristige Absichten wurden in sieben Punkten aufgeführt, darunter Abstimmung der Kriegsziele mit den Verbündeten, Befreiung der Tschechei und der Slowakei, Beschneidung des deutschen Territoriums im Westen und Osten (verbunden mit der Abgabe Ostpreußens an Polen), eventuelle Teilung Deutschlands in autonome Einheiten, „um dieses zu schwächen und Übergriffe des deutschen Imperialismus in der Zukunft unmöglich zu machen". Man betonte die Notwendigkeit einer Stärkung der alliierten Beziehungen mit Frankreich, einer Annäherung an die Tschechoslowakei, Ungarn und Litauen. Es fand sich auch der Wunsch, Polen möge im „Dreierabkommen" den Status eines „natürlichen Experten und Beraters in allen Rußland betreffenden Fragen erhalten".

Neben realen und sich nicht nur aus der polnischen Staatsraison, sondern auch aus der Sorge um die Nachkriegssicherheit des gesamten europäischen Kontinents ergebenden Vorschlägen, fanden sich in den Richtlinien der polnischen Außenpolitik Vorschläge, die eher aus Illusionen, als aus realistischer Analyse kamen. Dazu zählte etwa die illusionäre Hoffnung der Exilregierung, Verträge mit Frankreich und England bedeuteten die Entstehung eines „Dreierabkommens" als eines über die Zukunft Europas entscheidenden politischen Blocks. Ähnlichen Charakter besaß auch das Streben der polnischen Regierung nach dem Status eines Experten aller die Sowjetunion betreffenden Fragen. Gespräche Zaleskis und Sikorskis zeugten deutlich davon, daß England sich in seinen Beziehungen zur UdSSR vor allem von eigenen Interessen und eigenen Analysen und Beurteilungen leiten lassen würde. Die damaligen Hoffnungen auf eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu Litauen, bei gleichzeitiger Unterstreichung der Unantastbarkeit der Grenzen der Vorkriegszeit im Osten – also mit dem Fortbestand Wilnas im polnischen Staate – versprachen ebenfalls keine realen Perspektiven.

Im Dokument vom 19. Februar 1940[8] unterstrich Zaleski, daß es noch zu viel Ungewißheiten gäbe, als daß man schon die genauen Kriegsziele Polens umreißen könne, außer dem einem, das weder Diskussion noch Zweifel unterlag: der Rückgewinnung und Befreiung des gesamten Staatsgebiets. Weiter schrieb er, der Krieg habe ideologischen Charakter angenommen und werde nicht nur zur Verteidigung der nationalen Existenz der Verbündeten geführt, sondern in gleichem Maße zur Verteidigung der europäischen



Zivilisation. Einen umfangreichen Abschnitt seines Rundschreibens widmete der polnische Außenminister der Psyche des deutschen Volkes: „Die Deutschen besaßen niemals genügend innere Widerstandskraft, sich der Anziehungskraft der Macht zu versagen. In der Geschichte Deutschlands wiederholt sich immer wieder die gleiche Erscheinung: die wertvollsten Elemente vom Gesichtspunkt des Intellektes und der Moral aus gesehen sind nicht imstande, dem hypnotischen Einfluß, den die brutale Macht auf das deutsche Volk ausübt, zu widerstehen, gleich, ob es um innere oder internationale Probleme geht. Es erhebt sich also die Frage, ob das deutsche Volk, auf sich selbst gestellt, imstande sein wird, die Führung in Händen jener zu halten, die hohen moralischen Wert besitzen und den Frieden in Europa nicht bedrohen werden. Berücksichtigt man die historischen Erfahrungen, muß die Antwort auf diese Frage negativ ausfallen; dies aber stellt Europa vor das Problem der Schaffung tatsächlich erfolgreicher und dauernder Eindämmungen der politischen Bestrebungen Deutschlands, sogar in dessen eigenem Interesse, von den Interessen anderer europäischer Völker gar nicht zu reden."

Im Hinblick auf diese Ziele beschrieb Zaleski die Idee einer Föderation der Länder Mitteleuropas, wie auch die Notwendigkeit, auf dem europäischen Kontinent Gleichgewicht zu wahren: „Eine übermäßige Zerstückelung Europas birgt die Gefahr des politischen und wirtschaftlichen Chaos, zu kleine Staaten, untereinander nicht durch enge Zusammenarbeit verbunden, sind nicht imstande, ihre Unabhängigkeit erfolgreich zu verteidigen. Ein noch größeres Hindernis für die Organisierung einer wirklichen europäischen Ordnung wäre die Bildung von Staaten auf dem Kontinent bzw. deren Fortbestehen, die durch die Zahl ihrer Bevölkerung sowie ihrer materiellen Stärke in übermäßiger Disproportion zu ihren Nachbarn ständen. Der 80 Millionen zählende deutsche Staat im Zentrum Europas würde allein durch die Tatsache seines Bestehens die Organisierung dieses Kontinents nach anderen Grundsätzen als denen der deutschen Hegemonie verhindern. Das 80-Millionen-Reich müßte in Europa die gleiche Rolle erfüllen, die innerhalb des Deutschen Reiches im 19. Jahrhundert Preußen spielte."

Im Rundschreiben vom 19. Februar kehrte der polnische Außenminister auch zu den territorialen Vorschlägen zurück, deutschen Besitz am Baltischen Meer zu beseitigen, „um dadurch dem deutschen Drang nach Osten für immer Einhalt zu gebieten".

Dieses waren die Anfänge einer politischen Konzeption der polnischen Regierung für Europa und Deutschland. Ungeachtet, ob damalige Realitäten und die Vorstellung der Kräfteverteilung nach dem Kriege zutreffend beurteilt wurden, kann nicht bestritten werden, daß die Sorge um die Sicherheit im Nachkriegseuropa und damit für Polen im Vordergrund stand. Die Regierung war der Meinung, daß die Zukunft der europäischen Sicherheit von den realen Garantien für diese Sicherheit abhängen würde.

Bestandteile dieser Garantien sollten sein: das Gleichgewicht der Kräfte, die genaue Definition des Platzes und der Position des territorial beschnittenen Deutschland im Nachkriegseuropa, das dauernde polnisch-französisch-englische Bündnis und eine neue Ordnung der Verhältnisse in Mitteleuropa.

In den um die Wende der Jahre 1939–40 formulierten Aufgaben der polnischen Politik schob sich das Postulat einer ‚restitutio in integrum' der Republik in den Vordergrund, was sich wiederum mit den Beziehungen zur UdSSR verband. Dies war damals und auch später das Hauptproblem für Polen und dessen Sicherheit in den Nachkriegsjahren, erforderte jedoch eine gesonderte Darstellung. Hier wäre die Auffassung Zaleskis zu erwähnen, der am 16. April 1940 die Politik der Regierung Sikorskis zur UdSSR charakterisierte und drei Phasen unterschied: „Die erste war die Bemühung, Rußland nicht zu reizen und dieses nicht zu einer Annäherung an Deutschland zu veranlassen. Die zweite Phase war die rußlandfeindliche Einstellung während des Krieges mit Finnland. Die dritte Phase war eine Rückkehr zur ersten. Es besteht die Hoffnung, daß es gelingt, Rußland

mit den Deutschen zu entzweien".[9] Die hier zitierten Worte bezogen sich jedoch mehr auf die damalige Politik Frankreichs und Englands als auf eine selbständige Außenpolitik Polens.

Doch zurück zu grundlegenden Problemen. Fast vom ersten Tage der nationalsozialistischen Okkupation in Polen wurde das Problem der Bestrafung von Naziverbrechern ein Bestandteil der Deutschland betreffenden politischen Konzeption. Bereits am 28. November 1939 äußerte General Sikorski: „Von allen Seiten des durch die Deutschen besetzten Landes kommen grauenvolle Nachrichten . . . Die nationalsozialistische Grausamkeit zeichnet eine neue, unheimliche Karte in der Geschichte der deutschen Barbarei, wobei die Abschlachtung Wehrloser die dunkelsten Erinnerungen übersteigt. Irgendwann einmal werden die Deutschen erkennen, daß man mit solchem Vorgehen nicht Größe in der Welt erreicht, sondern Verachtung, nicht Ruhm, sondern Schmach, nicht Sieg, sondern Niederlage. Polen stärkt nur seinen Widerstandswillen und den Willen zum Kampf. Die Welt erhebt ihren Arm im Namen der Gerechtigkeit, und Gott richtet und bestraft die Verbrecher."[10]

Die polnische Regierung bemühte sich, ihre westlichen Verbündeten zur Veröffentlichung einer die nationalsozialistischen Verbrechen auf polnischem Boden verurteilenden Erklärung zu bewegen. Die Gespräche waren hart, aber endlich veröffentlichten am 20. April 1940 die Regierungen Polens, Großbritanniens und Frankreichs eine entsprechende Deklaration: „Die erwähnten drei Regierungen stellen erneut die Verantwortung Deutschlands für diese Verbrechen fest und sind entschlossen, eine Wiedergutmachung des auf solche Weise der polnischen Bevölkerung zugefügten Unrechts zu sichern".[11]

Deklarationen dieser Art besaßen damals vor allem den Charakter einer Warnung. Erst später wurden diese zu einer Ankündigung der Bestrafung der des Menschenmordes Schuldigen. Dieses forderte nicht nur die polnische Regierung in London, sondern gleichfalls Organisationen und Institutionen der polnischen Widerstandsbewegung. Zum Beispiel hielten es die Autoren des im November 1941 herausgegebenen Programms der Polnischen Arbeiterpartei für nötig, daß die in Polen gebildete Provisorische Regierung sofort nach ihrer Machtergreifung sämtliche nach dem 1. September 1939 nach Polen zugezogenen Deutschen und jene, welche während der Okkupation ihre feindliche Einstellung gegenüber dem polnischen Volk zeigten, wie auch Verräter des Volkes und Naziagenten unter der polnischen Bevölkerung interniere: „Feinde und Henker des polnischen Volkes werden durch spezielle Volksgerichte abgeurteilt".[12]

Eine vom konspirativen Rat der Nationalen Einheit (der die in London zur Regierung gehörenden Parteien vereinte) im März 1944 veröffentlichte Erklärung verkündete eine strenge Bestrafung aller Kriegsverbrecher wie auch der auf die Deutschen ausgeübte Zwang, die von ihnen zerstörten Länder wiederaufzubauen, müsse bei der deutschen Bevölkerung für lange Jahre Angst vor einer Auslösung neuer kriegerischer Konflikte verursachen".[13]

Wir erwähnten Ausschnitte aus nur zwei Dokumenten. Aussagen, die eine strenge Bestrafung der Schuldigen am Massenmord in Polen forderten, gehen nicht in die Hunderte, sondern in die Tausende. In dieser Frage vertrag das politisch so vielgestaltige Polen der Jahre 1939 bis 1945 nur einen einzigen Standpunkt, der sich lediglich im Wortlaut oder in konkreten, die Art der Durchführung entsprechender Gerichtsprozeduren betreffenden Propositionen unterschied. Im übrigen nahm in den Deutschland betreffenden polnischen politischen Konzeptionen die Bestrafung nationalsozialistischer Verbrecher einen der ersten Plätze ein; und ich bin nicht der Ansicht, daß dies dem Maßstab polnischer Erfahrungen allein entsprang. Diese Frage hatte allgemein europäisches und, nach anderen Kategorien, allgemein menschliches Gewicht.



Wir erinnerten bereits daran, daß es ursprünglich für die Verteidiger der polnischen Regierungspolitik eine Voraussetzung war, Polen als ständiges Element eines neuen Vertrages aufzufassen, dem man sogar den Namen eines Dreierabkommens geben wollte. Das änderte sich erst mit der Niederlage Frankreichs, die den Zusammenbruch der Hoffnungen auf ein verhältnismäßig schnelles und siegreiches Ende des Krieges bedeutete, ein Schlag für die öffentliche polnische Meinung, der zu einer neuen Betrachtung der damaligen Realien und der zu erwartenden Zukunft nötigte. Nach einer gewissen Zeit kam General Sikorski zu dem Ergebnis, daß Frankreich seine dominierende Bedeutung auf dem europäischen Kontinent verloren hatte und daß sich damit zugleich neue Aussichten für das eng mit Großbritannien verbündete Polen eröffneten. Das wiederum unterstrich nach Sikorskis Auffassung, Polen sei der Schlüssel zum Gleichgewicht in Mitteleuropa.

Die wichtigsten Akte der Ordnung neuer Verhältnisse in Europa sollten in regionalen Abkommen ihren Ausdruck finden. Ohne uns genauer auf diese Konzeptionen einzulassen, betrachten wir lediglich das Schicksal jener Bemühungen, die zu neuen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei führen sollten.

Wie wir uns erinnern, zeigten die Briten ein besonderes Interesse an einer polnisch-tschechoslowakischen Annäherung, und zwar bereits im Herbst 1939. Aus dieser Zeit datieren die Gespräche zwischen General Sikorski und Dr. Edward Beneš. Anfangs blieben sie ohne besondere Resultate, wurden aber fortgesetzt. Doch schon damals (noch vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR) zeichneten sich zwischen beiden Politikern gewisse Unterschiede in ihren Ansichten ab, und das in zumindest drei Fragen. Erstens in der Einstellung zur Sowjetunion, zweitens im Blick auf den Charakter der zukünftigen Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, und drittens in der Frage des Grenzverlaufs zwischen beiden Staaten. Zu dieser Frage kommen wir jedoch noch zurück; doch wäre hier bereits zu erwähnen, daß Beneš, der einen modus vivendi mit der Sowjetunion suchte, betonte: „Wir können Rußland nicht gegen uns haben". Sikorski überzeugte Beneš (das zitierte Gespräch fand im November und Dezember 1940 statt), daß zuerst in Europa ein möglichst starker Staatenblock geschaffen werden müsse, vor allem aber eine polnisch-tschechoslowakische Konföderation, und erst danach an Verhandlungen mit der Sowjetunion zu denken sei. Dieses Problem wurde von beiden Politikern gleichfalls während ihres Treffens am 26. Januar 1941 besprochen. Den Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges voraussehend, suchte Beneš seinen polnischen Gesprächspartner zu überzeugen, daß Polen zusammen mit der Tschechoslowakei den Krieg ohne eine Verständigung mit der UdSSR nicht gewinnen könnten. Der polnische Premier entgegnete, daß über die Probleme eines künftigen Friedens England und die Vereinigten Staaten entscheiden würden und Polen sich nach eben diesen Ländern und nicht nach anderen orientieren müsse. Dieser Ansatz Sikorskis stand in vollkommenem Einvernehmen mit den Ansichten der polnischen Regierung zur vorgesehenen Rolle Englands und der Bedeutung des polnisch-britischen Bündnisses.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen kam es am 11. November 1940 zur Unterzeichnung einer gemeinsamen polnisch-tschechoslowakischen Erklärung, daß beide Länder ein für allemal die Zeit früherer Kränkungen und Streitigkeiten abschließen und die Gemeinsamkeit ihrer grundlegenden Interessen berücksichtigen wollten und entschlossen seien, „nach der Beendigung des Krieges als unabhängige und souveräne Staaten miteinander in engere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu treten, welche die Grundlage einer neuen Ordnung in Mitteleuropa und die Garantie ihrer Beständigkeit sein würden". Beide Regierungen gaben auch der Hoffnung Ausdruck, dieser angekündigten Zusammenarbeit würden sich ebenfalls andere Länder in diesem Teil des europäischen Kontinentes anschließen. Beide Regierungen verurteilten gleichzeitig die „zynische Kommödie", welche die nationalsozialistische Führung Deutschlands versuche zu veran-

stalten, indem sie sich als Träger einer neuen Ordnung in Europa aufspiele: „Die Heuchelei dieser Versicherungen tritt am deutlichsten in den deutschen Bemühungen auf, die zu einer Vernichtung unserer beiden uralten Völker, die so viel zu den gemeinsamen Werten menschlicher Zivilisation beitrugen, zu führen versuchen".[14]

Die Deklaration vom 11. November war der erste formelle Schritt zu einer Konföderation. Sie war für beide Staaten auch wichtig in der sich abzeichnenden Tendenz zu einer Bildung anderer regionaler Verständigungen in Europa. Seither wurde die polnische Regierung zu einem besonders aktiven Verteidiger föderalistischer Konzeptionen, vielleicht am aktivsten von allen damaligen und späteren Exilregierungen.

General Sikorski suchte also intensiv nach erfolgversprechenden Garantien einer Sicherheit für Polen nach dem Kriege, was sich zwangsweise mit der Zukunft Europas verbinden mußte, besonders Mitteleuropas, wie auch mit der Position Deutschlands und der Gestalt der polnisch-deutschen Grenze. Im April 1940, während seiner ersten Reise in die Vereinigten Staten, führte General Sikorski Gespräche mit dem Präsidenten F. Roosevelt zu diesem Thema und legte auch eine Denkschrift zu politischen Problemen vor. In dieser Denkschrift wurden die Festlegungen des Versailler Vertrages einer Kritik unterzogen, inden nachgewiesen wurde, daß dieser den Deutschen erlaubte, Oberschlesien als „militärische Basis zur Trennung Polens von der Tschechoslowakei auszunutzen, wodurch die Grenzen dieser Staaten sich kaum noch zu einer Verteidigung eigneten". Die Denkschrift wies darauf hin, daß eine der wichtigsten Bedingungen zur Realisierung der Konzeption einer polnisch-tschechischen Konföderation eine für Polen vorteilhafte Revision der polnisch-deutschen Grenze sein müsse. Besonderer Nachdruck wurde in dieser Denkschrift auf die Bedeutung Polens in Ostmitteleuropa als dem einzigen Kristallisierungsfaktor in diesem Teil des Kontinentes gelegt: „Polen ist der Schlüssel zur Unabhängigkeit der zwischen Rußland und den Deutschen gelegenen Staaten und muß als ein solcher in Zukunft behandelt werden, wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht alle 25 Jahre militärisch eingreifen sollen, um den Frieden zu retten und Europa zu verteidigen".[15] Es ging Sikorski also nicht nur um eine polnisch-tschechoslowakische Konföderation und, in weiterer Perspektive, um eine mitteleuropäische, sondern auch (vielleicht vor allem) um die dominierende Position Polens in diesem Teil Europas zwischen Deutschen und Russen und um die Anerkennung Polens durch die angelsächsischen Mächte als einer der Hauptstützen, auf denen die Sicherheit des ganzen Kontinents ruhen sollte. Der polnische Premier trug sich also mit Plänen, die als weitreichend und kühn bezeichnet werden könnten. Aus der Perspektive späterer Ereignisse wäre zu überlegen, wieviel der eigenen Möglichkeiten Polen realistisch sah, wieviel bloße Hoffnung auf ein diesen Aspirationen entsprechendes Kriegsende darstellte und endlich was nur „frommer Wunsch" war". Wie dem auch sei – weder damals noch später wollte Sikorski (im Gegensatz zu Beneš) den Gedanken an sich herankommen lassen, Hauptfaktor in diesem Teil Europas könne die UdSSR werden.

Inzwischen änderte der deutsch-sowjetische Krieg die Situation in Europa vollkommen und zwang dazu, alle möglichen Perspektiven der Entwicklung der Ereignisse anders zu betrachten. Wir werden uns hier nicht mit den polnisch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1941–1943 befassen, es wäre jedoch an den Besuch Sikorskis in Moskau Anfang Dezember 1941 zu erinnern. Dort äußerte Stalin Sikorski gegenüber den Gedanken, die polnische Westgrenze auf die Oder zu legen. Tatsächlich sprach schon damals (und bereits früher) eine ganze Reihe polnischer Politiker im Namen der Sicherheit Polens und Europas von der Notwendigkeit, die polnisch-deutsche Grenze an die Oder zu legen. Aber unter den Führern der Koalition der drei Großmächte war Stalin der erste, der mit dem Gedanken an reale und dauernde Garantien für die Sicherheit Osteuropas aus eigener Initiative mit dem Vorschlag der Oderlinie hervortrat.



Beide Politiker besprachen auch andere Zukunftsfragen. Sie wurden erfaßt in der von Stalin und Sikorski unterschriebenen gemeinsamen Erklärung vom 4. Dezember 1941: „Nach siegreich beendetem Krieg und entsprechender Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher wird es die Aufgabe der verbündeten Staaten sein, für die Sicherung eines dauernden und gerechten Friedens zu sorgen. Dies kann nur durch eine Neuorganisierung internationaler Beziehungen, gestützt auf einer Vereinigung demokratischer Länder in einem ständigen Bündnis, vollzogen werden. Bei der Gründung einer solchen Organisation müßte der entscheidende Faktor die Achtung des Völkerrechts sein, gestützt auf die gemeinsame, auch militärische Kraft aller verbündeten Staaten. Nur so wird man ein neues Europa aufbauen können, zerstört durch germanische Barbaren, und die Garantie schaffen, daß sich eine durch die Nationalsozialisten hervorgerufene Katastrophe niemals mehr wiederholen wird."[16]

Der Text der Erklärung konnte als gemeinsame polnisch-sowjetische Anstrengung bei der Schaffung von Garantien für die Sicherheit Nachkriegseuropas aufgefaßt werden. Doch blieb sie eine nicht realisierte Ankündigung. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen nahmen eine vollkommen andere Richtung. Sikorski jedoch beharrte unverändert auf dem Standpunkt, daß über die Zukunft Europas die Macht der Vereinigten Staaten und Englands entscheiden würden, in Mitteleuropa dagegen fast alles vom Grad der Konkretisierung und Realisierung der föderalistischen Konzeption abhängen würde.

Mit dieser Einstellung und diesem Ziel führte Sikorski Anfang Juli 1941 Gespräche mit dem Premierminister der jugoslawischen Exilregierung. Dabei ging es ihm darum, „dem deutschen wie auch russischen Imperialismus ein Hindernis entgegenzustellen".[17]

Im November bereitete die polnische Regierung ein Projekt einer Konföderation zwischen Polen und der Tschechoslowakei vor, die den Anschluß Ungarns, Rumäniens und Litauens offen hielt. Die polnisch-tschechoslowakischen Verhandlungen waren schwierig und langwierig, aber am 23. Januar 1942 erfolgte die Unterzeichnung von vertraglichen Grundsätzen der geplanten Konföderation. Beide Regierungen gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Konföderation „andere Staaten aus dem europäischen Gebiet, mit denen die Lebensinteressen Polens und der Tschechoslowakei verbunden sind, umschließen würde".[18] Dieser Punkt besaß gerade für General Sikorski besondere Bedeutung, für den der Block der mitteleuropäischen Staaten den Deutschen den Weg nach Osten versperren sollte, Rußland von Deutschland trennen sollte und ein wirksames Hindernis gegen eventuelle Führungswünsche in diesem Teil des Kontinents. Aus diesem Grunde ließ Sikorski auch in seinen Bemühungen nicht nach, für seine Idee andere Exilregierungen zu gewinnen.

Die Unterzeichnung des polnisch-tschechoslowakischen Vertrages erfolgte gleichzeitig mit dem griechisch-jugoslawischen Abkommen (15. Januar 1942) über die Gründung einer Balkanunion. Diese Tatsache wurde von den Regierungen Polens und der Tschechoslowakei mit einem Kommuniqué vom 23. Januar begrüßt, in dem es hieß: „Die Sicherheit und der Wohlstand des Gebietes zwischen dem Baltischen und dem Ägäischen Meer hängen in erster Linie von der Zusammenarbeit beider Konföderationen ab".[19] Sikorskis fortgesetzte Aktivität rief im März die Irritation Roosevelts hervor, der im Vorgehen des polnischen Premierministers eine Gefahr ernster Konflikte mit der UdSSR sah.

Anfang 1942 konnte Sikorski mit Recht annehmen, daß seine auf Neuordnung Mitteleuropas in der Nachkriegszeit zielenden Bemühungen sichtlich Resultate zeitigten. Auf der Sitzung des Nationalen Rates vom 24. 2. 1942 stellte er eine programmatische Erklärung der Regierung vor und erläuterte, daß Polen „sich aktiv an den Arbeiten für eine Organisation einer Nachkriegsordnung in der Welt beteilige". Er fügte hinzu, die polnische Regierung verlange eine vollkommene und wirkungsvolle, jede Aggression in der Zukunft ausschließende Entmilitarisierung der Angreifer sowie eine strenge Bestrafung der

am gegenwärtigen Kriege Schuldigen, Deutschlands und dessen Verbündeter." Für das durch diese zugefügte Unrecht, für die begangenen Verbrechen und Zerstörungen müssen sie die verdiente Strafe erhalten und gleichzeitig den Geschädigten vollkommene materielle und moralische Genugtuung geben. Es ist dies ein elementares Gebot historischer Gerechtigkeit, die in internationalen Beziehungen herrschen muß".[20] Er drückte darin nicht nur den Wunsch aller Polen, sondern auch seine Überzeugung aus, die durch ihn gesteuerte Regierung stelle ein wichtiges Subjekt der internationalen Politik dar; auch glaubte er, die Chance zur Beeinflussung der Nachkriegsbeziehungen in Europa würde sich in dem Maße vergrößern, in dem sich das Ende des Krieges nähere.

In Kürze jedoch sollte sich schon zeigen, daß die Aussichten auf eine Realisierung eines der wichtigsten Postulate des Programms der polnischen Regierung plötzlich zu schwinden begannen. Wir erinnerten schon an die Konzeptionsunterschiede zwischen Sikorski und Beneš. Im Laufe der Zeit traten sie immer schärfer hervor. In der Grenzfrage vertrat Beneš den Standpunkt der territorialen Integrität einer Tschechoslowakei aus der Zeit vor München. Inzwischen hatte bekanntlich Anfang Oktober 1938 Polen mit dem Teschener Gebiet einen Teil der Tschechoslowakei besetzt, von dem Sikorski nicht lassen wollte. Außerdem legte Sikorski den Nachdruck auf die Bildung möglichst fester *politischer* Grundlagen einer künftigen Konföderation, in der Hoffnung auf eine Überlegenheit Polens in diesem System, während Beneš dazu neigte, die *wirtschaftlichen* Faktoren der Integrität in den Vordergrund zu heben, was wiederum die ökonomisch besser gestellte Tschechoslowakei in eine vorteilhaftere Situation bringen würde. Den wichtigsten Punkt bestimmten jedoch die abweichenden Einstellungen zur UdSSR. Beneš vertrat die Meinung, daß nur die UdSSR imstande sein würde, das Dritte Reich zu bezwingen, und nur der Sieg der Roten Armee den Aufbau einer unabhängigen Tschechoslowakei ermöglichen würde. Zwar gingen die polnisch-tschechoslowakischen Gespräche weiter. Am 3. Juni 1942 erklärten beide Regierungen, daß die Konföderation die Grundlage einer regionalen Organisation dieses Teils Europas darstellen müsse; aber im Zusammenhang mit der rapiden Verschlechterung der polnisch-sowjetischen Beziehungen waren dies schon die letzten Handlungen, die die früheren Absichten gerade noch aufrecht hielten. Sikorski verwarf den Vorschlag von Beneš, ihr gemeinsames Thema mit der Sowjetunion zu diskutieren, worauf Beneš vor dem tschechoslowakischen Staatsrat am 12. November 1942 erklärte, daß die unklare Situation in Mitteleuropa der tschechoslowakischen Regierung einen endgültigen Beschluß in der Frage einer Konföderation verwehre, da deren Bildung Gespräche mit der UdSSR erforderten. Beneš und Sikorski trafen sich noch einmal am nächsten Tage; doch die Idee einer Konföderation war schon begraben. Der Nachfolger Sikorskis, Stanisław Mikołajczyk, der am 15. Juli 1943 Premier wurde, machte den Versuch, zu der Idee zurückzukehren, jedoch blieb dies ein einseitiger Wunsch.

In den Tagen vom 1. Dezember 1942 bis zum 10. Januar 1943 stattete General Sikorski seinen dritten Besuch in Amerika ab. Damals herrschte im State Department bereits die Überzeugung, daß der Vorschlag einer Nachkriegsorganisation Ostmitteleuropas wegen der Blockierung des sowjetischen Zugangs zu Europa unweigerlich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien bei der Planung eines friedlichen und stabilisierten Europas unmöglich werden würde. Unterdessen legte Sikorski in Washington ganze acht Denkschriften vor, unter denen eine die Föderation Ostmitteleuropas betraf. Er stellte seinen amerikanischen Gesprächspartnern nicht nur den Plan der polnisch-tschechoslowakischen Konföderation vor, sondern auch einen Fächer von anderen regionalen Abkommen: eine Balkanföderation (Jugoslawien, Griechenland und eventuell Albanien und Bulgarien), eine skandinavische (mit Holland), möglicherweise künftig ein analogisches Bündnis zwischen Frankreich und Belgien. Die Vorstellungen Sikorskis fanden jedoch in Washington kein Verständnis.



In einer anderen Denkschrift zur deutschen Besetzung nach dem Krieg führte Sikorski den Begriff „strikte Okkupation" ein, deren Ziel „die Vorbereitung und Sicherung der Beschlüsse eines Friedensvertrages war sowohl für Gebiete, die – außer Ostpreußen, Danzig und dem Oppelner Schlesien – von Deutschland abgetrennt werden sollten, wie auch für solche, die in den deutschen Grenzen verbleiben, jedoch unter speziellen Bedingungen, die im Moment nicht vorausgesehen werden können . . . Der deutschen Regierung, gegebenenfalls der deutschen Führung muß jegliche Möglichkeit einer Einmischung in die mit den Gebieten der „strikten Okkupation" verbundenen Angelegenheiten verwehrt werden".[21]

Die Gebiete der „strikten Okkupation", deren Teilung endgültig auf der Friedenskonferenz vorgenommen werden würde, sollten das westlich der polnisch-deutschen Vorkriegsgrenze liegende Terrain bis zur Linie entlang dem linken Ufer der Lausitzer Neiße und dem linken Ufer der Oder einschließlich Stettin, der Insel im Stettiner Haff und der Insel Rügen umfassen. Der Okkupationsstaat müsse Polen sein, im südlichen, an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebiet dagegen Polen und die Tschechoslowakei. Dies bedeutete jedoch nicht, daß Sikorski sich für eine Grenze an Oder und Neiße aussprach. Nach dem Beschluß des Ministerrates vom 7. Oktober 1942 beabsichtigte Polen lediglich, die Angliederung Ostpreußens, Danzigs, eines Teils von Westpommern sowie des ganzen Oppelner Schlesiens zu fordern. Der gleiche Beschluß stellte fest: „Die Veröffentlichung übermäßig ausgeweiteter polnischer Ansprüche im Westen könnte in der jetzigen Situation den Gedanken aufkommen lassen, Polen einen Teil seiner Ostgebiete für die im Westen erworbenen abzunehmen".[22]

Eine der in Washington vorgelegten Denkschriften behandelte das Problem der Ostgrenze. Gemäß der bisherigen Linie der Regierung hielt Sikorski am Grundsatz der Unantastbarkeit der polnisch-sowjetischen Vorkriegsgrenzen fest und fügte den wirtschaftlichen, historischen und strategischen Argumenten ein ideologisches Motiv hinzu: „Es muß eine Linie existieren, die die kommunistische Weltkonzeption, repräsentiert durch die Sowjetunion, von den Idealen westlicher Demokratien, gestützt auf individuelle Rechte, teilt. Diese Demarkationslinie müßte längs der im Vertrag von Riga festgelegten verlaufen".[23]

Es ist nicht unsere Aufgabe, den Verlauf der amerikanischen Gespräche Sikorskis und deren Ergebnisse zu werten. Begrenzen wir uns also nur auf die Feststellung, daß diese den polnischen Premier tief enttäuschten. Die in Washington durch den ersten Premierminister der polnischen Exilregierung vorgetragenen Probleme sollten auch, wie sich bald zeigte, sein letzter umfassender Blick auf die Zukunft Europas und Deutschlands sein, ein letzter Versuch, die Unterstützung der Führer der angelsächsischen Mächte für diese Perspektiven und Visionen zu gewinnen.

General Władysław Sikorski verunglückte am 4. Juli 1943 bei einer Flugzeugkatastrophe auf Gibraltar. Zum neuen Premier wurde Stanisław Mikołajczyk ernannt, der dieses Amt vom 15. Juli 1943 bis Ende November 1944 innehatte. Am 27. Juli trug Mikołajczyk das Programm seiner Regierung vor, das in den uns interessierenden Fragen der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Zusammenarbeit und Freundschaft mit Großbritannien ständige und unerschütterliche Formen annehme, die mit den Vereinigten Staaten gepflegte Freundschaft hingegen garantiere, „daß die Bedürfnisse und Interessen Polens in vollem Maße berücksichtigt werden". Mit warmen Worten sprach Mikołajczyk von dem wiedererstehenden Frankreich als einem unentbehrlichen Bestandteil des Gleichgewichts in Europa. Den meisten Raum in seinem Exposé widmete der Premierminister jedoch den Beziehungen zur Tschechoslowakei und zur UdSSR. Im ersten

Punkt wiederholte er die Gedanken Sikorskis, daß eine Zusammenarbeit beider Staaten zu einem Anfang für eine breitere Organisation des gesamten Gebietes Mittel-Ost-Europas werden könne. In jenem Teil des Kontinents sah er auch den Schlüssel zum europäischen Problem, und er unterstrich die Notwendigkeit, ein festes politisches und wirtschaftliches System zu bilden. Er bemerkte dabei ausdrücklich, er denke nicht an einen „cordon sanitaire", und erklärte, daß die „mitteleuropäische Organisation" freundschaftlich mit der UdSSR zusammenarbeiten müsse, zwar nicht nur auf wirtschaftlichem sondern auch auf politischem Gebiet. Er betonte auch, daß ein Abkommen mit der UdSSR für Polen „historische Notwendigkeit" sei, daß dies auch eine historische Notwendigkeit für ganz Europa sei, da von einer Verständigung die Konsolidierung und das Gleichgewicht auf dem ganzen Kontinent abhinge.[24]

Der neue Premier stellte sich in die Kontinuität der Gedanken Sikorskis über die für die UdSSR vorgesehene Rolle als ungemein wichtiger Faktor in der Kräfteanordnung nach dem Kriege. In der Tat hatte General Sikorski sich mit allen Kräften bemüht, Polen einen würdigen Platz im Dialog der Verbündeten zur Nachkriegsordnung Europas und Deutschlands zu sichern. Er hatte eigene Lösungen vorgeschlagen, hatte sich sogar um die Führung unter den Exilregierungen bemüht, aber die Entwicklung der Beziehungen zwischen den drei Großmächten der Koalition und die polnisch-sowjetischen Beziehungen deuteten langsam darauf hin, daß diese Versuche zum Scheitern verurteilt sein würden. Sein Nachfolger Mikołajczyk war weniger ambitioniert und konzentrierte sich vor allem auf das Problem der Nachkriegsgrenzen Polens und des inneren Staatssystems. Verhältnismäßig schnell erkannte er die neue Perspektive der Kräfteeinteilung im Nachkriegseuropa, die sich mit der wachsenden Bedeutung der Sowjetunion verband; in wichtigen internationalen Fragen verließ er sich jedoch vollkommen auf Churchill und Roosevelt.

Wir können also annehmen, daß bei der Europa und Deutschland nach dem Kriege betreffenden Konzeption der polnischen Regierung der Kulminationspunkt auf die zweite Phase der Regierungszeit General Sikorskis fiel, die mit der Niederlage Frankreichs und der Evakuierung der Regierung nach England begann und mit der dritten Visite des Premierministers in den Vereinigten Staaten endete. Seit Mitte 1943 schwächte sich diese Aktivität der polnischen Regierung entschieden ab, obgleich alles, was die Zukunft Deutschlands betreffen sollte, weiterhin einen exponierten Platz einnahm.

## II

Unter den Schöpfern polnischer Nachkriegskonzeption zählten auch die im besetzten Lande in der Konspiration arbeitenden Organisationen und Institutionen. Entsprechende Prognosen, Programme und Hoffnungen füllten die Spalten der polnischen Konspirationspresse, fanden auch ihren Ausdruck in zahlreichen Programmerklärungen von Organisationen und Institutionen des polnischen Untergrundes.

Nach überwiegender Auffassung polnischer Konspirationszeitschriften sollte die Zeit des Krieges zu Reflexionen und Schlußfolgerungen für die Zukunft genutzt werden. Hierzu gingen auch Vermutungen bezüglich des ganzen europäischen Kontinents ein. Selbst jene, die in der polnischen Konspirationspresse von der Unmöglichkeit einer Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen in Polen schrieben, vertraten die Vorstellung, daß die Richtung der Veränderungen im Nachkriegspolen in geringerem oder größerem Maße einen Teil eines allgemeineuropäischen Prozesses darstellen werde.

Unter den Strömungen und Organisationen des polnisches Untergrundes erschien dieser Aspekt der Zukunft am intensivsten in den Publikationen der sozialistischen Linken. Dies belegen z. B. die in der Zeitschrift „Barrikade der Freiheit" veröffentlichten Artikel, deren Publizisten geradezu behaupteten, daß der Krieg „mit einer Revolution der arbeitenden Massen ende",[25] deren Bedingung wiederum würde „die vollkommene Zerbrechung des Faschismus" sein.[26] Die Prognose einer europäischen Revolution wurde später in den politischen Resolutionen der Arbeiterpartei Polnischer Sozialisten entfaltet, in den Beschlüssen des Kongreßes dieser Partei im Jahre 1943 sowie in den Programmen der aus der Initiative der RPPS gegründeten Zentrale der demokratischen, sozialistischen und syndikalistischen Parteien, etwa in der Deklaration vom März 1944: „Vor unseren Augen zerbrechen die letzten Bastionen des Weltkapitalismus, der als Systemform vor dem Ende seiner Epoche steht".[27] Der Zentrale stimmte der Publizist einer anderen sozialistischen Konspirationsorganisation, der Sozialistischen Kampforganisation bei, welcher aus den Ereignissen der ersten vier Kriegsjahre den Schluß zog: „Sozialistische Faktoren nahmen und, wie aus allem ersichtlich, nehmen auch in der Nachkriegswelt die Führung des Umbaus der Welt in überwiegendem Maße in ihre Hände ... Dieser Prozeß kann dazu führen und hat eigentlich schon diesen Weg beschritten, daß die Welt eine Revolution im Sinne einer radikalen Veränderung der Verhältnisse erleben wird, aber ohne jegliche revolutionäre Erscheinungen der Art wie in der Sowjetunion".[28] In dieser politischen Gedankenströmung des polnischen Untergrundes erwartete man, daß die europäische sozialistische Revolution ihren Anfang in Deutschland nehmen würde.

Grundlegende Umwälzungen im Nachkriegseuropa erwartete ebenfalls die rechtsgerichtete Seite der polnischen sozialistischen Bewegung, repräsentiert durch eine Organisation unter dem Namen „Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit" (WRN), und eine ihrer regionalen Zeitungen behauptete, daß das kontinentale Europa sofort nach der Befreiung „einen Schritt vom Sozialismus entfernt erwachen werde", den Schritt allerdings selbst machen müsse.[29]

An eine sozial-politische Umgestaltung des Nachkriegseuropas dachten im polnischen Untergrund nicht nur die Sozialisten. Auch Journalisten demokratischer Gruppierungen und der Bauernbewegung (Volkspartei) sahen die Unabwendbarkeit und Notwendigkeit grundlegender struktureller Veränderungen voraus. Zum Beispiel schrieb der Verfasser einer von der Volksbewegung im November 1940 herausgegebenen konspirativen Broschüre: „Der Krieg wird nicht nur um die Zurückgewinnung bzw. für die Verteidigung der Souveränität der bedrohten Staaten geführt, sondern gleichfalls für eine vollkommene Veränderung der Struktur des Systems. Die arbeitenden Massen werden über den Charakter der Nachkriegsländer und die Beziehungen derselben untereinander entscheiden".[30] Viel Aufmerksamkeit, wenn auch bedeutend weniger als die sozialistische Linke, widmeten der revolutionären Zukunft Europas Journalisten der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei. Die „Tribüne der Freiheit", das Zentralorgan der Partei, folgerte Anfang 1942: „Der Imperialismus als die zu Unterwerfungen führende Kraft ... muß vollkommen vernichtet werden",[31] und sah in dieser Tatsache die Voraussetzung für eine Beseitigung einer neuen Kriegsdrohung und eine wirkliche Freiheit für die Völker Europas.[32] „Der Tod des Nazismus", so die ‚Tribüne der Freiheit', „wird die Vernichtung aller reaktionären Kräfte, aller faschistischen Strömungen in jedem Land, in jedem Volk bedeuten",[33] „die Entwicklung der Menschheit hingegen muß ... in Richtung Sozialismus gehen".[34] Der Krieg, als „historische Handlung, das neue Antlitz der Welt gestaltend ... übergibt die entscheidende Rolle neuen Kräften, die von neuem den historischen Schauplatz betreten".[35] „Der Krieg entscheidet, ob jene inneren Kräfte das Leben der europäischen Gesellschaft bezeichnen werden",[36] wenn auch der Publizist nicht im Zweifel war, daß „der Sieg kein halber sein wird und keine Kompromisse erlauben wird, sondern ein totaler sein wird",[37] was wahrscheinlich gleichbedeutend war mit der Überzeugung, daß

der wesentliche Inhalt des innenpolitischen Lebens der Mehrzahl der Länder Europas der Prozeß der Befreiung vom Einfluß der Reaktion sei und zusammen mit dem Zerfall des Nationalsozialismus die gesamte reaktionäre Welt den Todesstoß erhalten würde.[38] In diesem Prozeß – wie man aus anderen Texten ersehen kann – wurde der Arbeiterklasse eine besondere Rolle zugeschrieben, die „der Vorhut einer neuen, kommenden Welt",[39] wobei es nicht schwierig ist, die Vision sozialistischer Veränderungen überall in der Welt, vor allem aber in Europa zu bemerken.

Es wäre hier zu sagen, daß fast gleichzeitig, im August 1943, ein in Moskau weilendes Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei Polens aus der Vorkriegszeit nicht damit rechnete, daß die „allgemeineuropäische Situation das Problem der Revolution auf die Tagesordnung setzen würde und daß die „Entwicklung der Ereignisse" zu Lösungen nach dem Muster des „Endes des Ersten Weltkrieges führen würde".[40]

Unterdessen kann man in den hier zitierten Ansichten der polnischen Konspirationspresse fraglos den Einfluß der Erfahrungen der Jahre 1917–1918 wahrnehmen. Es ist aber angebracht hinzuzufügen, daß militärische Kräfte ebenfalls an eine spezifische Wiederholung gewisser Elemente der Situation bei Ende des Ersten Weltkrieges, besonders des Herbstes 1918 dachten. Z. B. der im Hauptquartier der Armia Krajowa vorbereitete Plan eines allgemeinen bewaffneten Aufstandes sah vor, daß Ende des Krieges deutliche Symptome eines inneren Zerfalls Deutschlands auftreten könnten.

Aus hunderten von weiteren Quellen sehen wir, daß Journalisten auch anderer polnischer Untergrundgruppen über die Niederlage der politischen Systeme, Doktrinen und Ideen der Vorkriegszeit schrieben, um damit die verschiedensten Perspektiven für die Zukunft der Welt und insbesondere Europas zu verbinden. Jene Krise der dominierenden und durch manche geheiligten Wertsysteme, die letzten Endes schon in den dreißiger Jahren beobachtet wurde, vertiefte sich nach 1939 auf unerhört gewaltsame Weise; und deren Quelle waren nicht nur die früher formulierten Ideen und kritischen Urteile, sondern vor allem die Erfahrung der Konfrontation mit dem Faschismus und der demokratisch-liberalen Doktrin, denen der durch die Nationalsozialisten geführte Krieg ein wahrhaft tragisches Ausmaß gab. Hier auch, ebenso wie in den Erfahrungen und Konsequenzen des Ersten Weltkrieges, die noch in lebendiger Erinnerung waren, wären die Wurzeln der Anschauungen eines wesentlichen Teils (wenn nicht der Mehrzahl) der Journalisten der konspirativen polnischen Presse zu suchen, daß für Europa eine Zeit grundlegender struktureller Veränderungen anbrechen würde. Es ist nicht unsere Sache zu erwägen, was davon revolutionäre Romantik, reale Analyse der Voraussetzungen und nur fromme Wünsche waren.

Ungeachtet aller unterschiedlichen Perspektiven zwischen den demokratischen und sozialistischen Gruppen sowie der polnischen Arbeiterpartei war die zweifellos dominierende Frage die nach dem Ort Polens in Europa, aber auch die Frage, welches Polen in welchem Europa? Der Publizist der konspirativen Demokratischen Partei umschrieb dieses so: „Die Zukunft Polens hängt vom Kräfteverhältnis ab, welches sich vor Ende des Krieges bildet, und vom politischen System, welches nach dem Kriege aufgebaut wird".[41]

Sehr eindeutig äußerte sich der Verfasser eines Artikels in der „Tribüne der Freiheit": „Nur auf den Ruinen des Nationalsozialismus, nach Zerschlagung und Liquidierung der Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes, sowie der Ausnutzung innerhalb der Völker kann ein freies Europa erstehen . . . Es wäre schwierig, heute über Einzelheiten zu sprechen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Freiheit unseres Volkes untrennbar mit der Freiheit anderer Völker Europas verbunden ist".[42] Jenes Junktim zwischen dem Nachkriegsschicksal Polens und der Zukunft Europas wurde verschieden formuliert und, was am wichtigsten war, akzentuiert, trat jedoch unmittelbar oder mittelbar in den Gedankengängen von Journalisten aller Zeitschriften des polnischen Untergrundes auf.



Unter vielen, durch die polnische Konspirationspublizistik bearbeiteten Determinanten nahm das Problem der künftigen Verbündeten einen wichtigen Platz ein. Die mit der Exilregierung verbundene konspirative Presse, aber auch andere Gruppierungen verbanden ihre Hoffnungen, vor allem aber alle politischen Prognosen mit der ihrer Ansicht nach bevorstehenden Niederlage Deutschlands und der entscheidenden Rolle der westlichen Alliierten. In kürzester Form drückte dies die syndikalistische „Sache" aus: „Wir stellen auf den Sieg der Alliierten".[43] Das Presseorgan einer anderen konspirativen Organisation (Verband der Wiedergeburt der Republik) formulierte noch deutlicher: „Die Befreiung erwarten wir aus dem Westen und nicht aus dem Osten".[44] Aus dieser allgemeinen Voraussetzung wurden dann eingehendere Folgerungen gezogen.

Auf der Grundlage einer noch unvollkommenen Wertanalyse der polnischen konspirativen Presse (in den Jahren 1939–1945 erschienen fast 2000 Pressetitel) kann man annehmen, daß die überwiegende Mehrheit der Publizisten England eine exponierte Rolle in Europa nach dem Kriege zuschrieb. Ein Journalist der „Polnischen Nachrichten" (Presseorgan des Hauptkommandos des Verbands für Bewaffneten Kampf, also der AK als der größten polnischen Untergrundorganisation) schrieb: „. . . richten sich nach England und bestimmen diesem die führende Rolle in einem politischen System, welches das Gegengewicht zur deutschen Potenz darstellt".[45] Das Presseorgan der katholischen „Union" zweifelte nicht, daß „die Frage der Hegemonie Englands in der Gestaltung einer neuen Ordnung in Europa keiner Diskussion unterläge". Der Autor dieses Artikels nahm an, Großbritannien würde danach streben „aus uns ein Gegengewicht zu Rußland und Deutschland zu bilden, was nach Ansicht der Zeitschrift eine starke Garantie für die Größe und Bedeutung Polens nach dem Kriege bedeuten würde".[46] Die Presse der AK war der Überzeugung, in den polnisch-englischen Nachkriegsbeziehungen würde die bisherige Reserviertheit engeren Beziehungen Platz machen.

In der Erklärung des Rates der Nationalen Einheit vom März 1944 wurde festgestellt, daß „der wiedererstandene polnische Staat sich in seiner Außenpolitik auf ein festes Bündnis mit Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Türkei stützen werde".[47] Von den Kommunisten wurden die Nachkriegsbeziehungen in Europa anders beurteilt. Vor allen Dingen nahmen sie nicht an, daß England zum entscheidenden Faktor des Kräfteverhältnisses nach dem Kriege werden würde und gerade dieses Land zum Hauptverbündeten Polens. Darauf kommen wir noch zurück.

Das Problem der Verbündeten verband sich eng mit der Lage und Rolle Polens in Mitteleuropa, mit seiner Sicherheit und mit den Beziehungen zum westlichen und östlichen Nachbarn sowie mit den Staatsgrenzen. Für die Journalisten des polnischen Untergrundes war ausnahmslos die erste Voraussetzung für Sicherheit und würdigen Platz Polens im Nachkriegseuropa selbstverständlich die Niederlage Deutschlands und dessen vollständige Entmilitarisierung. Ähnlich erklärten sich Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und andere konspirative Gruppierungen Polens, auch die 1943 in der UdSSR gegründete Vereinigung Polnischer Patrioten. In ihrer ideologischen Erklärung vom Juni 1943 lesen wir: „Gegenüber der zerstörenden Furie, dem Zynismus und der Brutalität, mit welcher die nationalsozialistischen Deutschen unser Volk vernichten, erhebt sich als Hauptproblem der polnischen Politik die Sicherung der völkischen Existenz vor der Möglichkeit einer Bedrohung durch den deutschen Imperialismus".[48] Zum Problem der erwähnten Garantien schrieb im Frühjahr 1944 der Journalist einer der konspirativen Zeitschriften der völkischen Bewegung: „Der deutsche Aggressor müßte sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich entwaffnet werden".[49] Der für das Presseorgan der Vereinigung Wiedererstandene Republik schreibende Verfasser hegte keinen Zweifel, daß die endgültige Voraussetzung der Gewinnung des Friedens „die Zerschlagung der deutschen Macht und die Ausrottung des ewigen, brutalen deut-

schen Imperialismus sei".[50] Im Einklang damit stand der in der Zeitschrift einer anderen Untergrundorganisation (das Unabhängige Polen) vermittelte Gedanke: „Das Ziel der aktuellen Kriegsführung ist die Ausrottung der preußisch-faschistischen Philosophie durch die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschlands, des faschistischen Italiens und des imperialistischen Japans".[51]

Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen erfaßte am besten der Publizist der „Polnischen Nachrichten": „Indem wir danach streben, daß der künftige Polnische Staat als ein logisches Ganzes leben, seine Interessen verteidigen und eine entsprechende Rolle in der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts spielen kann, müssen wir sämtliche polnisch-deutschen Probleme definitiv und endgültig auf eine Art entscheiden, die uns die Garantie gibt, daß die Lösung eine dauernde sein wird".[52]

Der Journalist der konspirativen Zeitschrift „Kampf", (ein Presseorgan des Hauptvorstandes der rechtsgerichteten Nationalen Partei) forderte als unerläßliche Lösung die „Vernichtung des Deutschen Reiches" und dessen Konzeption einer Ordnung Mitteleuropas.[53] Anders und bedeutend ausführlicher behandelte dies Problem der Verfasser eines Artikels aus dem Jahre 1942 im „Freien Polen" (dem Presseorgan der Vereinigung der Wiedererstandenen Republik), der ausführte, in den Grundsätzen eines künftigen Friedensvertrages müßten sich folgende Bedingungen finden: „1) Deutschland muß mit der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die barbarische Art der Kriegsführung belastet werden, 2) die Deutschen müssen vollkommen entwaffnet werden, 3) ihnen muß das Recht auf eine eigene Luftwaffe entzogen werden, 4) sie müssen zur Übergabe der gesamten Meeresflotte an die Verbündeten gezwungen werden, 5) es muß eine Begrenzung der deutschen Industrie zur Befriedigung lediglich eigener Aufträge stattfinden, 6) Deutschland muß die Verpflichtung der Bezahlung von Kriegsentschädigungen auferlegt werden, 7) die Kriegslust muß ausgerottet werden, 8) ganz Deutschland muß für die Dauer von dreißig Jahren besetzt werden, 9) sämtliche Kriegsverbrecher müssen bestraft werden".[54]

Gewissermaßen eine Summe der Überlegungen der mit der Regierung im Ausland verbundenen Untergrundbewegung stellte die Erklärung des Rates der nationalen Einheit vom März 1944 dar, welche eine völlige, allseitige Abrüstung Deutschlands „auf militärischem, wirtschaftlichem, politischem und gesellschaftlichem Gebiet forderte", zudem eine territoriale Beschneidung, die Liquidierung der Rüstungsindustrie, die Internationalisierung von Häfen und Schiffahrt, die Vernichtung des preußischen und nationalsozialistischen Geistes im deutschen Volk und die Zerstückelung des Deutschen Reiches. Außerdem wurde gefordert, daß „die Erziehung der deutschen Jugend und sämtliche Erscheinungen eines Gemeinschaftslebens einer internationalen Kontrolle unterzogen werden müßten".[55]

Der polnische Untergrund ließ sich also nicht täuschen, daß etwa der militärische Sieg über das Dritte Reich allein schon die Gefahr einer neuen Aggression von deutscher Seite bannen würde. Aus dieser Überzeugung wurden verschiedene Projekte geboren, die mehr oder minder sichere Garantien für eine Verhinderung neuer, großer bewaffneter Konfrontationen geben sollten. Unter diesen Projekten nahm alles, was die Zukunft Deutschlands betraf, den Vorrang ein. Diese Art der Betrachtung des komplizierten Problems einer Sicherheit im Europa nach dem Kriege sowie Polens in diesem Europa verband die politischen Gedanken des Untergrundes mit den in anderen Regionen der Welt auflebenden Ideen einer neuen Nachkriegsordnung. Es wäre interessant, den Einflußbereich dieser Ideen auf die politischen Gedanken der polnischen Konspiration festzustellen (der polnische Untergrund hatte doch Zugang durch Funk zur amerikanischen, englischen und sowjetischen Presse), um auf diese Art u. a. den Grad ihrer Originalität zu messen. Weitaus wichtiger scheint uns jedoch der Inhalt der Konspirationspublizistik,



welcher ein überaus positives Bild von Niveau und Denkrichtungen verschiedener konspirativen Organisationen gibt. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Konspirationspublizistik befreite sich beim Thema der Zukunft Deutschlands vom offensichtlich ausschließlich nationalen Gesichtspunkt, und betrachtete das Problem im breiten Kontext der Zukunft Europas, seiner Sicherheit und seines Friedens.

Der polnische Aspekt einer Lösung des deutschen Problems trat vor allem in den territorialen Programmen hervor. Wir werden hier nicht die Ansichten der einzelnen Gruppierungen vortragen und begrenzen uns nur darf daran zu erinnern, daß im politischen Gedanken des Polnischen Untergrundes das früheste und weitreichendste Programm (die Grenze an Oder und Neiße mit Stettin, Danzig und Ostpreußen) von der Gruppierung des sog. nationalen Lagers (vor allem der Nationalen Partei und deren verschiedenen konspirativen Abzweigungen) sowie einiger Presseorgane der Volkspartei vorgetragen wurde. Die Presse der AK und der Regierungsvertretung wiederholten im Grunde genommen die Postulate der Regierung. Die bereits zitierte Deklaration des Rates der Nationalen Einheit vom März 1944 sah vor: den Anschluß ganz Ostpreußens, Danzigs, des pommerschen Keils zwischen dem Baltischen Meer und der Mündung von Oder und Neiße, des Gebietes zwischen Netze und Warthe und des Oppelner Schlesiens an Polen. Außerdem schlugen die Autoren der Deklaration vor, daß auf der gesamten Oder und in den Oderhäfen die wirtschaftlichen Lebensinteressen Polens gesichert werden müßten. „Ein breiter Gebietsgürtel westlich der neuen Grenze Polens müßte einer langandauernden polnischen Besetzung unterworfen werden".

Die Ansichten der polnischen Kommunisten wurden anfangs durch die allgemeine Formel ausgedrückt, daß Polen die einst germanisierten Gebiete zurückerhalten müsse, wenn auch die in der UdSSR weilenden polnischen Kommunisten bereits seit Anfang 1943 an eine Grenze an der Oder dachten. Im Jahre 1944 nahmen die Ansichten der Kommunisten die Gestalt eines Programms der Festlegung einer Grenze an der Oder (mit Stettin) und der Lausitzer Neiße an.

Unabhängig davon sollte die neue Grenze Polens an der Ostsee sowie auch verschieden umrissene Grenzlinien im Westen in der damaligen Begründung, neben der Realisierung sog. historischer Rechte und der Wiedergutmachung, eine ungemein wichtige Rolle für den Platz Polens im Nachkriegseuropa sowie seine politische Stabilität spielen. Darin drückte sich auch der bereits erwähnte europäische Zusammenhang der Zukunft der polnisch-deutschen Beziehungen aus. Ohne eine ins Kleinste führende Analyse mit allen Nuancen durchzuführen, kann man sagen, daß in der Art der Beurteilung der Zukunft Deutschlands sowie der polnisch-deutschen Beziehungen bei der Mehrzahl von Äußerungen der polnischen Konspirationspresse die Sorge um die Nachkriegssicherheit Polens als bedeutendster Faktor für die Stabilisierung europäischer politischer Verhältnisse nach dem Kriege in jedem Thema durchklang.

Was die Grenze im Osten anging, so bestanden Landesarmee, Regierungsvertretung und der Rat der Nationalen Einheit auf der Unantastbarkeit der polnisch-sowjetischen Vorkriegsgrenze. Die Presse dieser Gruppierungen war nicht in der Lage, das enorme Potential der Sowjetunion zu erfassen und deren Rolle in der Welt nach dem Kriege vorauszusehen, nicht einmal nach Stalingrad und Kursk. Man war überzeugt von der Schwäche der sozialistischen Macht und deren unvermeidlicher wirtschaftlichen Abhängigkeit nach dem Kriege vom Westen. Die Presse der extrem rechtsgerichteten Gruppierungen schmiedete Pläne einer polnischen Grenzziehung weit östlich der Linie vom 31. August 1939, Pläne zur Zerstückelung der Sowjetunion, ja, sogar einer gemeinsamen Front mit den westlichen Alliierten gegen Rußland. Es gab zwar gelegentlich Stimmen, die vorausgesagten, daß ohne eine Verständigung und eine dauernde Zusammenarbeit zwischen Demokratie und Kommunismus „die Errungenschaften dieses Krieges verschleudert wür-

den".[56] Zu den Ausnahmen kann man die Worte eines Publizisten der Konspirationszeitschrift „Vaterland" (einem Presseorgan einer Gruppe, die unter dem gleichen Namen auftrat und die aus der Posener Organisation der Volkspartei entstand) zählen, der angesichts der militärischen und politischen Niederlage des Warschauer Aufstandes zum Problem der sogenannten Curzonlinie schrieb: „Wir besitzen weder Argumente der Kraft, noch Verbündete in den aktuellen politischen Verhältnissen, um den tatsächlichen Stand zu ändern. Das ist sehr schmerzlich, man muß aber der Wahrheit ins Auge sehen ... Eine Politik der Alles-oder-nichts ist keine kluge Politik".[57]

Wir erwähnten bereits die prowestliche oder probritische Orientierung der Mehrzahl von Publizisten des Untergrundes, die in den neuen Nachkriegsbeziehungen zwischen Polen und England einen Hauptfaktoren für polnische Sicherheitsgarantien sahen. Jedoch suchte man nicht in diesem Bezug die entscheidende Dynamik. Diese sollte viel mehr aus der neuen Ordnung der Verhältnisse in Mitteleuropa kommen. Es bestand eigentlich keine Gruppierung, deren Presse dieses Problem nicht aufgenommen hätte, in verschiedener Gestalt und mit verschiedenem Inhalt. Größte Aufmerksamkeit widmete dieser Problematik die sozialistische Bewegung und die Rechte, die der christlichen Demokratie der Vorkriegszeit und dem nationalen Lager mit der Volkspartei und Teilen des national-radikalen Lagers entstammte. Die Publizisten dieser Richtungen traten mit höchst extremen Vorschlägen auf, die sich auf zwei entgegengesetzten Feldern polnischer Konspirationspublizistik bewegten. Für die Presse der Rechten der sozialistischen Bewegung (WRN) konnten erfolgreiche Sicherheitsgarantien auf der einen Seite in einer „föderativen Vereinigung" Polens mit seinen nächsten Nachbarn aus dem zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegenem Gebiet bestehen, auf der anderen dagegen in „der Vereinigung der Freien Völker von Europa".[58] Die erste war lediglich ein unerläßliches Minimum, sollte es nicht gelingen, die zweite aufzubauen, die man übrigens auch die „Vereinigten Staaten von Europa" nannte.[59] In späteren Äußerungen der WRN-Presse wich die Parole von der „Vereinigung der Freien Völker Europas" als maximalistisch dem Vorschlag der Gründung einer „Mitteleuropäischen Demokratischen Föderation".[60] Die Publizisten der WRN akzentuierten im Blick auf den sozial-politischen Charakter der vorgeschlagenen Vereinigungen am häufigsten den Demokratismus, selten nur den Sozialismus. Am radikalsten stellte der Publizist der sozialistischen Linken dieses Problem vor, der sich geradeheraus für die Vereinigten Staaten von Europa aussprach.[61] Anfang 1944, als ein Teil der sozialistischen Linken sich mit anderen Gruppierungen im Rahmen einer gemeinsamen Zentralisierung der Demokratischen, Sozialistischen und Syndikalistischen Partei verband, wurde die Parole eines sozialistischen Europas ersetzt durch das Postulat einer „Föderation der Freien Völker in Mitteleuropa",[62] als Vorstufe der Vereinigten Staaten von Europa. Das bedeutete jedoch trotz begrifflicher Ähnlichkeit keinen Übergang zu der schon früher durch die WRN vertretene Position.

Die Autoren verschiedener politischer und programmatischer Erklärungen zur Agrarpolitik verbanden die Zukunft Mitteleuropas mit der Föderation der Völker von vorherrschend landwirtschaftlichem Profil dieser Regionen, sahen in ihnen die besten Garantien einer demokratischen Richtung in der Entwicklung eines „Blocks der Bauern", wie auch eine dauernde Sicherheit der zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegenen Staaten.[63]

Unter den katholischen Gruppierungen widmeten die Publizisten der „Union" der künftigen Gestalt Europas die meiste Aufmerksamkeit. Ihr Presseorgan verkündete, daß „der Kern des Baues einer neuen politischen Ordnung in Europa" ein zwischen Deutschland und Rußland gelegenes Imperium mit einer Bewohnerzahl von 100 Millionen sein werde, an dessen Spitze Polen stehen würde.[64] „Das Imperium Mitteleuropas wird der Weg sein zur Bildung einer europäischen Gemeinschaft der Völker, und die polnische



Vereinigungsidee und der auf sie gestützte internationale Kodex werden der einzige Weg aus der politischen Krise der Neuzeit und das einzige Modell einer ständigen Organisation des Weltfriedens sein". Neben der Slawischen Vereinigung der Staaten von Mitteleuropa sah der Journalist die Gründung einer Skandinavischen Föderation voraus, einer Angelsächsischen Union, einer Föderation der lateinischen Staaten, eine auf „den Ruinen des bolschewistischen Rußlands entstehende" Prometheische Staatenvereinigung.[65] Das Föderalistische Imperium Mitteleuropas könnte zum Instrument polnischer Politik werden: „Polen an der Spitze des Slawentums, ... das ist der Umriß der größten politischen Kraft, die seit der Zeit des Römischen Imperiums am europäischen Horizont erschien".[66] In ähnlichem Geiste sprach sich der „Kampf" (ein Organ des Vorstandes der Volkspartei) mit der Parole von der Bildung eines „Imperiums des Polnischen Volkes" aus.[67] Die extremsten imperialistischen Anschauungen vertraten jedoch die Journalisten einer anderen Organisation der polnischen Rechten, der „Konföderation des Volkes". Mehr oder minder präzise Ansichten über eine Vereinigung Polens mit kleineren Staaten Mitteleuropas äußerten auch Publizisten vieler anderer Konspirationsgruppen. Die Publizisten der „Polnischen Nachrichten" (einem Organ des Hauptkommandos des Bundes für Bewaffneten Kampf der AK) widmeten der Problematik viel Platz, und zwar in der ganzen Zeit von 1940 bis Mitte 1944. Im Herbst 1943 stellte der Autor des grundlegenden Artikels fest: „Die fundamentale These der heutigen polnischen internationalen Politik, die den Charakter eines unserer grundsätzlichen Kriegsziele annimmt, ist das Streben nach engeren Beziehungen und freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Polen und dessen unmittelbaren Nachbarn auf dem Gebiet zwischen dem Baltischen und dem Schwarzen Meer. Die Realisierung eines Programmes dieser Art, in ganzem Umfang die Staatengruppe von den Ufern des Baltischen Meeres bis zum südlichen Ende der Balkanhalbinsel umfassend, gestützt auf die enge Mitarbeit der beiden angelsächsischen Staaten, ergänzt durch eine eventuelle Vereinigung mit der Skandinavischen Union im Norden, der Romanischen im Osten oder auch im Süden Europas – würde mit Sicherheit ein Schritt von außerordentlicher historischer Bedeutung auf dem Wege zur Bildung der Grundlagen Nachkriegseuropas sein".[68] In der Mitte des darauffolgenden Jahres stand die gleiche Zeitschrift auf dem Standpunkt, daß „der zentrale Punkt des politischen Programms des künftigen Polens die Konzeption der Vereinigung von Staaten und Völkern Mitteleuropas auf der Grundlage real aufgefaßter Freiheit und Gleichheit ihrer Mitglieder ist und bleibt".[69]

Der Gedanke der Föderation fand auch entsprechende Fassung in der zitierten Deklaration des Rates der Nationalen Einheit vom März 1944, und zwar dort, wo die Bedingungen eines dauernden Friedens behandelt wurden. Unter der Voraussetzung, daß eine wesentliche Bedingung, Europa einen dauernden Frieden zu sichern, die Verhinderung jeglicher Hegemonie in Mittel- wie auch Süd-Ost-Europa sein müsse, sollte einer der wichtigsten Wege zu dem so umrissenen Ziel die „Vereinigung der Staaten dieses Teiles Europas in föderative Verbände" sein. Weiter wurde festgestellt, „alle diese Vereinigungen wie auch das allgemeine internationale Zusammenleben müßten gestützt sein auf die Grundsätze der christlichen Ethik, bei gleichzeitiger Verurteilung von allem, was sich der Macht, der Hinterlist, der Demagogie oder der öffentlichen Falschheit bedient".

Man kann natürlich allen hier kurz skizzierten Ansichten ein völliges Fehlen von Realismus vorwerfen. Man kann ihnen auch einen gewissen Anachronismus vorhalten im Anknüpfen an die Idee der Politik der Jagiellonendynastie oder auch, nun schon in einer anderen Zeit, an den edlen und romantischen Glauben an die Unabwendbarkeit der schon in der Endphase des Krieges erfolgenden Geburt eines sozialistischen Europa. Man kann endlich alle diese Gedanken als einen Beweis der Unreife des polnischen politischen Denkens behandeln. Wie dem auch sei – verwirft man die imperialistischen

Ideen, die aus dem Nationalismus und dem Messianismus einiger rechtsgerichteter Organisationen kamen, so kann man der Mehrzahl der polnischen Konspirationsgruppen Sorge um die Zukunft Europas und einen würdigen Platz Polens in diesem Europa nicht absprechen. Diese Sorge wurde aus den gemeinsam erlebten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges geboren.

In der Publizistik der Polnischen Arbeiterpartei findet man verhältnismäßig wenig Überlegungen zum Thema der Nachkriegsordnung in Europa, was sicherlich im Zusammenhang stand mit dem ständig unterstrichenen Gedanken, daß die Zukunft von der Größe des nationalen Einsatzes innerhalb des alliierten Lagers abhängen werde. Spekulationen über ein neues Kräfteverhältnis wären also eine Ablenkung von den wichtigsten laufenden Aufgaben gewesen. Im Laufe der Ereignisse und angesichts der sich abzeichnenden Perspektive einer Niederlage des Dritten Reiches begann die Parteipresse immer öfter sich der Zukunft zuzuwenden, wozu sie letzten Endes gezwungen wurde durch Hunderte von Presseartikeln anderer Konspirationsgruppen.

Diese Überlegungen gründeten auf zwei Voraussetzungen: Einmal, daß die Zusammenarbeit der „Kräfte des Sozialismus und der bürgerlichen Demokratie" nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch für die Nachkriegszeit gedacht sei.[70] Konkret sollte dies eine Mitarbeit der drei Großmächte im Modellieren einer Nachkriegsordnung in Europa bedeuten,[71] eine eventuelle Zerreißung dieses Bündnisses „wäre eine Niederlage der gesamten Menschheit.[72] Zweitens, daß nach einem siegreich beendeten Kriege eine friedliche Organisation des Lebens und der Aufbau ohne die Teilnahme der Sowjetunion ausgeschlossen sein wird, deren Position in den internationalen Beziehungen einer grundlegenden Änderung unterliegen wird.[73]

Aus der ersten Voraussetzung, aber auch aus verschiedenen Informationen über die Beziehungen zwischen den drei Großmächten zogen Publizisten Folgerungen, die ihrer Meinung nach auf der Grundlage einer neuen Ordnung in Europa liegen sollten. Diese sollten sein: 1) das Prinzip der kollektiven Sicherheit;[74] 2) das Prinzip der kollektiven Entscheidungen auf der Basis gegenseitigen Vertrauens, „jede bewaffnete Aggression ausschließend",[75] 3) die „Achtung fremder Freiheit",[76] 4) das Prinzip der Selbständigkeit kleiner Völker", welches „zum Fundament einer künftigen Ordnung in Europa werden müsse".[77] Auf dieser Grundlage erklärte die Polnische Arbeiterpartei: „Das künftige Polen muß im Kreise der Völker der Welt den Friedensfaktor darstellen, in Eintracht und Freundschaft mit den mit ihm benachbarten Völkern leben und aufgrund seiner geographischen Lage die Brücke bilden zwischen Ost und West in brüderlicher Zusammenarbeit der Völker Europas untereinander".[78] Das eine „solche Politik führende Polen gestaltet nach dem Kriege die Zusammenarbeit zwischen den drei Alliierten immer enger und nimmt an der Organisierung der Sicherheit und des wirtschaftlichen Aufbaus Europas teil".[79]

Die zweite Voraussetzung führte zum hauptsächlichen Prinzzip der polnischen Politik, nämlich dem unumgänglichen Gebot der Aufnahme enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.[80] In der Programmerklärung der Polnischen Arbeiterpartei vom November 1943 wurde die gleiche Frage in folgende Gedanken gekleidet: „Die Ordnung gutnachbarlicher Verhältnisse mit der UdSSR wird zu einem wichtigen und entscheidenden Faktor der Stärkung unserer Verteidigungskraft, des wirtschaftlichen Potentials und unserer Position in Europa".[81] Nach Ansicht des Publizisten der „Stimme Warschaus", einem Organ des Warschauer Komitees der Polnischen Arbeiterpartei, stellte die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR die Schwelle dar, ohne deren Übertretung man die wichtigsten Probleme des Tages – den Kampf mit dem Okkupanten und den Aufbau eines starken, vor künftigen Überfällen gesicherten Polens – „nicht werde lösen können".[82]



Die Publizisten der Polnischen Arbeiterpartei gingen auch nicht schweigend über das die überwiegende Mehrheit der Konspirationspresse interessierende Probleme einer Ordnung Mitteleuropas hinweg. In einer der ersten Aussagen zu diesem Thema in der „Tribüne der Freiheit" vom April 1943 wurde bemerkt, daß das Streben der Völker nach Verbänden und Konföderationen auf dem Grundsatz „der Achtung fremder Freiheit und Ausschließung jedweder feindlichen Absichten gegenüber den Nachbarn als zweckmäßig und richtig anzusehen ist. Versuche, Staatenblöcke als Polizei Mitteleuropas zu denken, ... sind dagegen mit aller Bestimmtheit zu verurteilen".[83] Einige Monate später schrieb der Publizist einer anderen Zeitschrift der Polnischen Arbeiterpartei ironisch: „Es ist sicher sehr angenehm, von seinem eigenen Vaterland als einer entscheidenden Großmacht in Europa zu träumen, welches annähernd die Rolle Deutschlands, natürlich ohne dessen tragisches Ende erfüllen würde. In dem Moment jedoch, wo diese Träume auf dem Grunde der Außenpolitik geboren werden, wird die Sache ernst".[84] Es war ein polemischer Artikel, gegen alle jene, welche die Idee einer Führung Polens im Gebiet zwischen dem Baltischen und Schwarzen Meer verbreitet hatten. Anderen Äußerungen kann man entnehmen, daß Publizisten, aber auch die Führung der Polnischen Arbeiterpartei, sich im Klaren waren über die Bedeutung des Problems, welches sie im Kontext mit der Nachkriegssicherheit betrachteten. Im konspirativen Blatt des Nationalen Landesrates (der am 1. Januar 1944 gegründet wurde auf Anregung der Polnischen Arbeiterpartei, welche Kommunisten, einen Teil des linken Flügels der Sozialisten und einen Teil der radikalen Nationalen vereinte) kann man folgende Feststellung finden: „Eine grundlegende Bedingung für die Sicherheit unserer nationalen Existenz ist die Bildung ... einer gemeinsamen Bastion im Osten ... Die slawische demokratische Ostbastion ist eine grundlegende politische Perspektive der Zukunft".[85] Mit Nachdruck unterstrich dieses das Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944: „Die Geschichte und Erfahrungen des jetzigen Krieges beweisen, daß vor dem Ansturm des germanischen Imperialismus nur der Bau einer riesigen slawischen Schutzwehr schützen kann, deren Fundament das polnisch-sowjetisch-tschechoslowakische Abkommen sein wird".[86]

Dies ist ein kurzer Überblick über Äußerungen der Konspirationspublizistik zum Thema des Vortrages. Es ist dies eine notwendigerweise sehr zusammengedrängte, was noch schlimmer ist, statische Übersicht ohne die Perspektive von Entwicklungen, Änderungen oder Korrekturen. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß einige Organisationen (wir denken hier an deren Konspirationspresse) eine spürbare Evolution ihrer Ansichten durchmessen haben, von extremen Einstellungen zu mehr gemäßigten, von allgemeinen Parolen zu konkreten Vorschlägen usw. Es gab letzten Endes auch solche, die ganz einfach ihre zuerst vertretenen Anschauungen verwarfen. Trotzdem glauben wir annehmen zu können, daß das hier vorgestellte Material eine gewisse Vorstellung über die Deutschland und Europa betreffenden Konzeptionen des polnischen Untergrundes gibt.

## III

Im Jahre 1944 verlor ein Teil der polnischen Konzeptionen ihre Aktualität, andere dagegen nahmen immer konkretere Gestalt an. Zu den letzteren muß wohl der Problemkomplex der Nachkriegsgrenzen Polens gezählt werden. Das am 22. Juli 1944 veröffentlichte Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung, das gewissermaßen an die Festlegungen der Vertreter der Dreimächtekoalition in Teheran anknüpfte, vertrat den Grundsatz, daß „die Ostgrenze eine Linie der freundschaftlichen Nachbarschaft und

nicht eine Scheidewand zwischen uns und unseren Nachbarn sein muß und nach diesen Grundsätzen reguliert werden müsse: polnische Erde den Polen, unkrainische, weißrussische und litauische Erde der Sowjetischen Ukraine, dem Sowjetischen Weißrußland und Litauen".[87] Das Programm des PKNB (PKWN) brachte auch einen Vorschlag zur Gewinnung der Gebiete an der Oder, Lausitzer Neiße und der Ostsee durch Polen sowie zu Wiedergutmachungen durch Deutschland für die durch das polnische Volk erlittenen Schäden während des Krieges. Das PKNB (PKWN) sprach sich für eine internationale Zusammenarbeit mit allen Staaten im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, des Aufbaus sowie im Namen der Annäherung zwischen den Völkern zur Sicherung des Friedens aus. Besonders jedoch betonte es die Bedeutung des Bündnisses mit den unmittelbaren Nachbarn Polens – mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei als einem grundlegenden Prinzip polnischer Außenpolitik.[88]

Ehe die Alliierten ihre Ansichten zum Thema der Westgrenze Polens in allen Einzelheiten miteinander abstimmten, verging ein weiteres Jahr. Es tagte die Konferenz von Jalta, die Diplomaten diskutierten verschiedene Fragen, bis endlich am 2. August 1945 in Potsdam die notwendigen Entscheidungen fallen konnten.

Es ist außerordentlich schwierig, eine möglichst präzise Antwort auf die Frage zu erteilen, welchen Einfluß (in der endgültigen Bilanz die Deutschland und Europa betreffenden polnischen politischen Konzeptionen auf die Art des Endes des Zweiten Weltkrieges und des sich daraus ergebenden Friedens gehabt haben. Eine solche Aufgabe stellen wir uns jedoch nicht. Wir hatten lediglich die Absicht, eine möglichst breite Palette polnischen politischen Denkens der Europa- und Deutschlandkonzeption zu präsentieren. Wir konzentrierten unsere Aufmerksamkeit nur auf einige Fragen, vor allem auf jene, die in den erwähnten Konzeptionen einen besonders exponierten Platz einnahmen.

Das vorgelegte Panorama umfaßt also nicht alle möglichen Einzelheiten und Nuancen. Wir nehmen aber an, daß dieses trotzdem eine Orientierung in den Richtungen und der Art des politischen Denkens Polens aus den Jahren 1939–1945 erlaubt.

## Anmerkungen

[1] Sprawa polska w czasie drugiej wojny światowej na arenie międzynarodowej. Zbiór dokumentów (Das polnische Problem in der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf internationalem Forum. Eine Dokumentensammlung), Warszawa 1965, S. 111.

[2] Ibidem, S. 111–113: O polityce zagranicznej rządu polskiego (Über die Außenpolitik der polnischen Regierung). Die neueste Arbeit: H. Batowski, Z dziejów dyplomacji polskiej na obczyźnie (Aus der Geschichte der polnischen Diplomatie im Ausland), September 1939–Juli 1941. Kraków 1984.

[3] H. Batowski, op.cit. S. 97.

[4] Das polnische Problem, op.cit., S. 118–120.

[5] Ibidem. S. 119.

[6] Zitiert nach: W. T. Kowalski, Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie 1939–1945 (Der diplomatische Kampf um die Stellung Polens in Europa 1939–1945), Warszawa 1979, S. 156.

[7] Das polnische Problem, op.cit. S. 124–126.

[8] Ibidem, S. 138–143.

[9] Ibidem, S. 153.

[10] Ibidem, S. 124.

[11] Ibidem, S. 164.



[12] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty programowe 1942–1948, (Die Polnische Arbeiterpartei, Programmdokumentation 1942–1948), Warszawa 1984, S. 152.

[13] „Rzeczpospolita Polska" („Die Polnische Republik"), März 1944, Spezialausgabe.

[14] Das polnische Problem, op.cit. . 181.

[15] Zit. nach: W. T. Kowalski, Walka dyplomatyczna (Der diplomatische Kampf), op.cit., S. 192–193.

[16] Das polnische Problem, op.cit., S. 251.

[17] Zit. nach W. T. Kowalski, der diplomatische Kampf, ob.cit. S. 248.

[18] Das polnische Problem, ob.cit., S. 260.

[19] Ibidem, S. 261.

[20] Centralne Archiwum KC PZPR (Zentralarchiv des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei), 20 2/I I, Bd. 31.

[21] Zit. nach: W. T. Kowalski, Der diplomatische Kampf, op.cit., S. 296.

[22] Ibidem, S. 297.

[23] Ibidem

[24] E. Duraczyński, Między Londynem i Warszawą. Lipiec 1943–lipiec 1944 (Zwischen London und Warschau. Juli 1943–Juli 1944). Das Buch befindet sich im Druck.

[25] Sztandar, ktory wzniesiemy w górc, „Barykada Wolności" (Das Banner, welches wir erheben, „Barrikade der Freiheit"), 1941, Nr. 65.

[26] Nasze rewolucyjne stanowisko, „Barykada Wolności" (Unser revolutionärer Standpunkt, Barrikade der Freiheit"), 1941. Nr. 66.

[27] „Czyn", numer specjalny („Die Tat"), Sondernummer vom 31 III 1944.

[28] Perspektywy nowej Wiosny Ludów, „Biuletyn Wewnętrzny Socjalistycznej Organizacji Bojowej (Die Perspektiven eines neuen Völkerfrühlings, „Bulletin der Sozialistischen Kampforganisation"), Anfang 1944.

[29] Na gruzach starej Europy, „Wiadomości Polityczne" (Auf den Ruinen des alten Europas), „Politische Nachrichten" 1942, Nr. 85 (Lwów)

[30] My wobec jutra-broszura Centralnego Kierownictwa Ruchu Ludowego (Wir den Morgen vor Augen – eine Broschüre des Zentralvorstandes der Nationalen Bewegung).

[31] O wolną, niepodległą Polskę, „Trybuna Wolności" (Für ein freies, unabhängiges Polen, „Tribüne der Freiheit"), 1942, Nr. 2.

[32] Ostatnia wojna, „Trybuna Wolności" (Der letzte Krieg, „Tribüne der Freiheit"), 1942, Nr. 13.

[33] O myśl polityczną polskiej demokracji, „Trybuna Wolności", (um den politischen Gedanken der polnischen Demokratie, „Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 39.

[34] Rozwiązanie Kominternu, „Okólnik" (Die Auflösung der Komintern, „Rundschreiben") vom 1. VI 1943.

[35] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), op.cit., S. 148–149.

[36] Bieguny konsolidacji, „Trybuna Wolności" (Die Pole der Konsolidierung, „Tribüne der Freiheit"), 1944, Nr. 50.

[37] Ibidem.

[38] Jest tylko jedna linia podziału „Trybuna Wolności" (Es besteht nur eine Teilungslinie, „Tribüne der Freiheit"), 1944, Nr. 56.

[39] 1 Maja w Polsce, „Trybuna Wolności" (Der 1. Mai in Polen, „Tribüne der Freiheit"), 1944, Nr. 55.

[40] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), ob.cit. S. 491.

[41] Założenia wyjściowe dla programu ogólnej przebudowy politycznej, „Nowe Drogi" (Ausgangsvoraussetzungen für das Programm eines politischen Umbaus, „Neue Wege"), 1942, Nr. 10 (Sonderdruck)

[42] Freies Europa, „Trybuna Wolności" („Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 30

[43] W międzynarodowej grze sił, „Sprawa" (Im internationalen Spiel der Kräfte, „Die Sache"), 1941, Nr. 30.

[44] Pocieszająca słabość, „Wolna Polska" (Erfreuliche Schwäche, „Freies Polen"), 1942, Nr. 46—47.

[45] Polska w powojennej Europie. Rola Francji i Anglii, „Wiadomości Polskie" (Polen im Nachkriegseuropa. Die Rolle Frankreichs und Englands, „Polnische Nachrichten"), 1941, Nr. 54.

[46] Przed nową mapą Europy, „Naród" (Vor der neuen Karte Europas, „Volk"), 1942, Nr. 2.

[47] „Rzeczpospolita Polska" („Die Polnische Republik"), März 1944, Sondernummer.

[48] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), op.cit. S. 483.

[49] Po ogłoszeniu deklaracji RJN, „Przez walkę do zwycięstwa" (Nach Bekanntmachung der Deklaration des Rates der Nationalen Einheit, „Durch Kampf zum Sieg"), 1944, Nr. 11.

[50] Gwarancja pokoju, „Wolna Polska" (Die Friedensgarantie, „Das Freie Polen"), 1942, Nr. 42—43.

[51] Wojna polityczna i propagandowa, „Jutro PN" (Politischer und Propagandakrieg, „Morgen PN"), 1943, Nr. 12.

[52] Polska w powojennej Europie, „Wiadomości polskie" (Polen im Nachkriegseuropa, „Polnische Nachrichten"), 1941, Nr. 56.

[53] O co walczymy, „Walka" (Worum wir kämpfen, „Kampf"), 1941, Nr. 37.

[54] Warunki pokoju, „Wolna Polska" (Friedensbedingungen, „Das Freie Polen"), 1942, Nr. 46—47.

[55] „Rzeczpospolita Polska" („Die Polnische Republik"), März 1944, Sonderdruck.

[56] „Wojna polityczna i propagandowa", „Jutro PN" (Politischer und Propagandakrieg, „Morgen PN"), 1943, Nr. 12.

[57] O zasady i konsekwencje polskiej polityki zagranicznej, „Ojczyzna" (Über die Grundsätze und Konsequenzen der polnischen Außenpolitik, „Vaterland"), 1944, Nr. 4.

[58] Drogi Polski, „WRN" (Polnische Wege, „WRN"), 1—15 III 1941.

[59] Federalizm jako konsekwencja patriotyzmu, „Wolność" (Föderalismus als patriotische Konsequenz, „Freiheit"), 1941, Nr. 12.

[60] Polska wobec sąsiadów, „Wolność" (Polen gegenüber seinen Nachbarn, „Freiheit"), 1942, Nr. 5.

[61] Stany Zjednoczone Europy Socjalistycznej, „Barykada Wolności" (Die Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas, „Barrikade der Freiheit"), 1940, Nr. 11.

[62] Komunikat o utworzeniu Centralizacji, „Czyn" (Bericht über die Gründung der Zentralisierung, „Die Tat"), 1944, Nr. 1.

[63] My wobec jutra, listopad 1940; (Wir — den Morgen vor Augen, November 1940),: Zaczątki chłopskiej Międzynarodówki, „Przebudowa" (Die Anfänge der Bauern-Internationale, „Umbau"), Dezember 1942—Januar 1943, Cele wojenne i zachodnie granice Polski, „Polska Ludowa" (Kriegsziele und die Westgrenzen Polens, „Das Volkspolen"), 1943, Nr. 1.

[64] „Naród" („Volk"), 1941, Nr. 5.

[65] Polska, Słowiańszczyzna, Europa, „Naród" (Polen, Slawentum, Europa, „Volk"), 1941, Nr. 7.

[66] Jedyna droga, „Naród" (Der einzige Weg, „Volk"), 1941, Nr. 21.

[67] Imperium narodu polskiego, „Walka" (Das Imperium des polnischen Volkes, „Der Kampf"), 1941, Nr. 34.

[68] Polskie cele wojny, „Wiadomości Polskie" (Polnische Kriegsziele, „Polnische Nachrichten"), 1943, Nr. 20.

[69] Polska wśród narodów, „Wiadomości Polskie" (Polen unter den Völkern, „Polnische Nachrichten"), 1944, Nr. 11.



[70] Rozwiązanie Kominternu, „Trybuna Wolności" (Die Auflösung der Komintern, „Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 34.

[71] Marzenia i fakty, „Głos Warszawy (Träume und Tatsachen, „Die Stimme Warschaus"), 1943, Nr. 73.

[72] Od klęski do klęski, „Przegląd Tygodnia" (Von Niederlage zu Niederlage, „Wochenübersicht"), 1943, Nr. 39.

[73] Marzenia i fakty, „Głos Warszawy" (Träume und Tatsachen, „Die Stimme Warschaus"), 1943, Nr. 73.

[74] Na marginesie moskiewskiej deklaracji mocarstw, „Przegląd Tygodnia" (Am Rande der Moskauer Deklaration der Großmächte, „Wochenübersicht"), 1943, Nr. 14.

[75] Historyczne uchwały, „Trybuna Wolności" (Historische Beschlüsse, „Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 44.

[76] Wolna Europa, „Trybuna Wolności" (Das freie Europa, „Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 30.

[77] Pisma, w ktorych straszy, „Przełom" (Schreiben, in denen es spukt „Der Durchbruch"), 1943, Nr. 3.

[78] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), op.cit., S. 150.

[79] Ibidem, S. 153.

[80] Droga obłędnej polityki, „Trybuna Ludu" (Der Weg einer wahnsinnigen Politik, „Tribüne des Volkes"), 1942, Nr. 13. (Lodz)

[81] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), op.cit, S. 153.

[82] Naród polski a Sowiety, „Głos Warszawy" (Das polnische Volk und die Sowjets, „Die Stimme Warschaus"), 1943. Nr. 12.

[83] Wolna Europa, „Trybuna Wolności" (Das freie Europa, „Tribüne der Freiheit"), 1943, Nr. 30.

[84] Polityka polska w ślepym zaułku, „Przełom" (Die polnische Politik in der Sackgasse, „Der Durchbruch") 1943, Nr. 4.

[85] My i Czesi, „Rada Narodowa" (Wir und die Tschechen, „Volksrat"), 1944, Nr. 11.

[86] Polska Partia Robotnicza, Dokumenty (Die Polnische Arbeiterpartei, Dokumente), ob.cit., S. 556.

[87] Ibidem, S. 557.

[88] Ibidem.